

Die gegenwärtig gültigen völkerrechtlichen Verträge der Kantone

Versuch einer systematischen Bestandesaufnahme

*Bardo Fassbender und Raffael Gübeli**

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	107
1.	Inhalt und Ziel der Untersuchung	107
2.	Methodik der Untersuchung	111
3.	Abgrenzungen	113
B.	Statistische Ergebnisse	115
C.	Liste der gegenwärtig gültigen völkerrechtlichen Verträge der Kantone(**)	I

A. Einleitung

1. Inhalt und Ziel der Untersuchung

a) Art. 56 Abs. 1 BV ermächtigt bekanntlich die Kantone, «in ihren Zuständigkeitsbereichen mit dem Ausland Verträge (zu) schliessen». Gemeint sind hier Verträge völkerrechtlicher Natur,¹ nicht dagegen Verträge, die ein Kanton mit einem ausländischen Rechtssubjekt auf der Grundlage des Verwaltungsrechts oder des Privatrechts schliesst – alternative Möglichkeiten, die das schweizerische Recht den Kantonen seit jeher eröffnet. Art. 56 BV stattet die Kantone mit einer (sachlich begrenzten) Völkerrechtsfähigkeit aus, welche diese freilich nur im Zusammenwirken mit einem ausländischen Völkerrechtssubjekt aktualisieren können. Diese Völkerrechtsfähigkeit der Kantone gehört seit der Gründung des Bundesstaates zu

* Bardo Fassbender ist Ordinarius für Völkerrecht, Europarecht und Öffentliches Recht an der Universität St.Gallen; Raffael Gübeli, M.A. HSG in Law, war studentischer Mitarbeiter am genannten Lehrstuhl.

(**) (Aus Platzgründen erscheint diese Liste nicht in der gedruckten Fassung des ZBl. Sie ist jedoch zugänglich unter <https://swisslex.ch>, wenn Sie als Kundin oder Kunde bei Swisslex eingeloggt sind und den Pfadnamen (<https://swisslex.ch/?d=zbl-2018-Heft 3>) in Ihrem Browser eingeben. Auskunft erhalten Sie über die Hotline 0800 587 463 oder hotline@swisslex.ch.)

1 Vgl. nur *Giovanni Biaggini*, Komm. BV, 2007, Art. 56, N 4.

den Besonderheiten des schweizerischen Föderalismus.² Die Vorläufervorschrift des heutigen Art. 56 BV war Art. 9 BV 1848, der in der revidierten Bundesverfassung von 1874 und auch nach dem Zweiten Weltkrieg unverändert blieb und den Kantonen zusagte, es bleibe ihnen ausnahmsweise «die Befugnis, Verträge über Gegenstände der Staatswirtschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschliessen». Diese Öffnung der gliedstaatlichen Ebene gegenüber der Völkerrechtsgemeinschaft kennzeichnet in der Gegenwart nicht nur das Bundesverfassungsrecht der Schweiz, sondern auch jenes Deutschlands, Österreichs und Belgiens, weshalb sich von einem Typus des «offenen Bundesstaates» europäischer Prägung sprechen lässt.³

b) In der Praxis haben sich für den Abschluss völkerrechtlicher Verträge der Kantone verschiedene Formen entwickelt.⁴ Die Kantone können zunächst solche Verträge mit einem auswärtigen Völkerrechtssubjekt *im eigenen Namen* abschliessen. Dies kann entweder unmittelbar, d.h. ohne Zusammenwirken mit dem Bund, oder «durch Vermittlung des Bundes» geschehen. Nach dem Wortlaut des Art. 56 Abs. 3 BV, dessen Regelung der des Art. 10 Abs. 2 BV 1848 und 1874 entspricht, ist ein *unmittelbarer Abschluss* – als eine Form des «direkten Verkehrs» der Kantone mit dem Ausland (die alte Bundesverfassung sprach von «unmittelbarem Verkehr») – jedoch nur mit «untergeordneten ausländischen Behörden» zulässig; im übrigen «erfolgt der Verkehr der Kantone mit dem Ausland» (auch der auf den Abschluss eines Vertrags gerichtete) «*durch Vermittlung des Bundes*» (Art. 56 Abs. 3 Halbs. 2 BV, in Art. 10 Abs. 1 BV 1848 und 1874 hiess es: «durch Vermittlung des Bundesrates»). Was die Bundesverfassung unter «untergeordneten ausländischen Behörden» versteht, ergibt sich aus dem Gegenbegriff der «auswärtigen Staatsregierungen» (Art. 10 Abs. 1 BV 1848 und 1874), der im Text der Bundesverfassung von 1999 entfallen ist. «Untergeordnet» sind in diesem Sinne ausländische Behörden, die nicht zur betreffenden Zentralregierung gehören, insbesondere Behörden von Gliedstaaten von Bundesstaaten (wie z.B. der deutschen oder der österreichischen Länder) sowie regionale und lokale Behörden.⁵

Ein kantonaler Vertrag kann aber auch durch den Bundesrat «*im Namen des Kantons ...*» (oder «im Namen der Kantone ...») abgeschlossen werden.⁶ Von dieser

2 Vgl. *Bardo Fassbender*, Der offene Bundesstaat, Tübingen 2007, S. 40 ff. Ausführliche neuere Darstellung: *Ana Kolarov*, Der koordinierte Pluralismus in der schweizerischen Aussenpolitik, Zürich 2015, S. 95 ff.

3 Dazu *Fassbender* (Anm. 2), S. 31 ff.

4 Vgl. zum Nachstehenden auch *Peter Hänni/Emanuel Borter*, in: Basler Kommentar zur Bundesverfassung, 2015, Art. 56 BV, N 26 f. Frühe Typologie: *Paul Guggenheim*, Staatsverträge [Teil] IV: Der Abschluss und die Aufhebung von Staatsverträgen im Namen der Kantone, Schweizerische Juristische Kartothek, Genf, Karte No. 386, 1942.

5 Vgl. *Dietrich Schindler*, in: Jean-François Aubert u.a. (Hrsg.), Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1974, Stand vom Juni 1988, Art. 10 BV Rz. 1.

6 Vgl. *D. Schindler* (Anm. 5), Art. 10 BV Rz. 4.

Praxis, die sich schon vor der Gründung des Bundesstaates herausgebildet hatte,⁷ ist besonders in Fällen Gebrauch gemacht worden, in denen für mehrere Kantone eine gleichförmige Regelung mit einem ausländischen Vertragspartner angestrebt wurde. Völkerrechtliche Vertragspartei ist in dieser Konstellation wie im Falle des unmittelbaren Abschlusses oder des Abschlusses durch Vermittlung des Bundes der Kanton, nicht der Bund.

In seltenen Fällen hat der Bundesrat einen Vertrag «*in seinem eigenen Namen und im Namen des Kantons ...*» geschlossen.⁸ Ein Beispiel ist der Vertrag mit dem Heiligen Stuhl vom 24. Juli 1868 über die Abtrennung der Apostolischen Administratur Tessin vom Bistum Basel. In diesem Fall sind völkerrechtliche Vertragsparteien sowohl der Bund als auch der betreffende Kanton.⁹

c) Interessiert man sich für den *tatsächlichen Umfang der völkerrechtlichen Vertragspraxis der Kantone*, so stösst man in der staatsrechtlichen Literatur – begleitet von der Vermutung einer kontinuierlichen Abnahme dieser Praxis seit dem beginnenden 20. Jahrhundert¹⁰ – auf widersprüchliche Angaben, die sich zwischen einer Zahl von 100 und einer von 300 in Kraft befindlichen förmlichen völkerrechtlichen Verträgen der Kantone bewegen. Am häufigsten genannt wird nach wie vor eine Zahl von «rund 140».¹¹ *Biaggini* berief sich in seinem BV-Kommentar von 2007 für

7 Vgl. z.B. die Übereinkunft vom 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der Eidgenossenschaft und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (hierzu auch hinten Anm. 27).

8 Vgl. *D. Schindler* (Anm. 5), Art. 10 BV Rz. 5.

9 Der Vollständigkeit halber ist hier hinzuzufügen, dass nach fast einhelliger Auffassung Art. 54 Abs. 1 BV dem *Bund* eine *umfassende eigene Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge* (auch über Materien, für die in Gesetzgebung und Verwaltung die Kantone zuständig sind) verleiht: «Das Recht, Staatsverträge abzuschliessen, bildet einen Kernbestandteil der Zuständigkeit in den auswärtigen Angelegenheiten. Der Bund kann grundsätzlich mit andern Völkerrechtssubjekten über alle Materien Verträge abschliessen. Er ist dabei an die innerstaatliche Kompetenzordnung nicht gebunden. Vom Bund abgeschlossene Staatsverträge stellen verbindliches Bundesrecht dar und gehen entgegenstehendem kantonalem Recht vor. Dieser Vorrang gilt ebenso gegenüber der Staatsvertragskompetenz der Kantone» (*Bernhard Ehrenzeller*, in: *St. Galler Kommentar zur Bundesverfassung*, 3. Aufl. 2014, Art. 54 N 12). Ebenso wurde ganz überwiegend bereits Art. 8 BV 1848 und 1874 aufgefasst (vgl. *Dietrich Schindler*, in: *Jean-François Aubert u.a. (Hrsg.), Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1974, Stand vom Juni 1988, Art. 8 BV Rz. 6–8*). Trotz dieser Rechtslage hat sich der Bund grosser Zurückhaltung beim Abschluss von Verträgen befleißigt, welche kantonale Kompetenzen betreffen oder berühren (vgl. *D. Schindler a.a.O.*, Art. 8 BV Rz. 9 sowie Art. 10 BV Rz. 6). Zu dieser Zurückhaltung fordert den Bund auch Art. 54 Abs. 3 BV 1999 auf.

10 Charakteristisch *Dietrich Schindler*, in: *Jean-François Aubert u.a. (Hrsg.), Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1974, Stand vom Juni 1988, Art. 9 BV Rz. 2*: «Bis zum 1. Weltkrieg schlossen die Kantone relativ viele Verträge über Angelegenheiten ihres Gesetzgebungsbereichs mit ausländischen Staaten ab. Seither hat die Zahl solcher Verträge abgenommen, besonders wegen der Ausdehnung der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes.»

11 Vgl. z.B. *Biaggini*, *Komm. BV*, Art. 56, N 3.

diese Zahl einerseits auf eine (nicht näher begründete) Angabe von *Rhinow* von 2003¹², andererseits auf den Bericht von *Monnier* über die Prinzipien und die Verfassungsregeln der schweizerischen Aussenpolitik von 1986¹³, der wiederum als Quelle die Sektion Staatsverträge der Direktion für Völkerrecht des Eidgenössischen Departments für auswärtige Angelegenheiten (EDA) nannte. *Monnier* zufolge sind von diesen 140 Verträgen «mehr als vierzig» seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und zwanzig seit 1973 abgeschlossen worden.¹⁴ In dieser Auskunft der Sektion Staatsverträge an Professor *Monnier* von ca. 1985 ist demnach die eigentliche Quelle der Zahl von etwa 140 kantonalen völkerrechtlichen Verträgen zu sehen, die in der Folge in der Literatur ungeprüft wiederholt worden ist¹⁵. Noch der 2015 erschienene Basler Kommentar zur Bundesverfassung führt dieselbe Zahl an.¹⁶ Die Zählung der Sektion Staatsverträge wiederum dürfte – mit einer geringfügigen «Aufstockung» – auf der im Jahre 1981 von *Lejeune* veröffentlichten und bis heute einzigen Sammlung der seit 1848 geschlossenen kantonalen Verträge beruhen.¹⁷ *Lejeune*, der die kantonalen Verträge im Zusammenhang mit seiner 1983 im belgischen Louvain verteidigten Dissertation gesammelt hatte,¹⁸ kam für das Stichdatum des 1. Januar 1980 auf eine Zahl von 121 in Kraft befindlichen Verträgen, wobei er jene von den Kantonen abgeschlossenen Verträge nicht mitrechnete, die nach seiner Auffassung heute statt der Kantone die Eidgenossenschaft verpflichteten (so insbesondere die Grenzverträge).¹⁹

Es kursieren in der rechtswissenschaftlichen Literatur aber auch noch andere Zahlen. In der dritten Auflage des Schweizerischen Verfassungsrechts von *Rhinow*, *Schefer* und *Uebersax* von 2016 ist die Rede von «zahlreichen, mindestens 100» kantonalen Verträgen,²⁰ während *Auer* in seinem im selben Jahr erschienenen Staats-

12 Vgl. *René Rhinow*, Grundzüge des Schweizerischen Verfassungsrechts, Basel 2003, Rz. 3316.

13 Vgl. *Jean Monnier*, Les principes et les règles constitutionnels de la politique étrangère suisse, ZSR 1986 II 107, 161.

14 *Monnier* (Anm. 13), S. 161 f.

15 Vgl. etwa *D. Schindler* (Anm. 10), Art. 9 BV Rz. 2; *Daniel Thürer*, Föderalismus und Regionalismus in der schweizerischen Aussenpolitik: Zum Verhältnis von Bundeskompetenzen und kantonalen Kompetenzen unter veränderten Umständen, ZBl 93/1992, S. 49, 56 (unter Verweis auf *Lejeune*, unten Anm. 17); *Luzius Wildhaber*, Aussenpolitische Kompetenzordnung im schweizerischen Bundesstaat, in: *Alois Riklin/Hans Haug/Raymond Probst* (Hrsg.), Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern 1992, S. 121, 129; *René Rhinow/Markus Schefer*, Schweizerisches Verfassungsrecht, 2. Aufl., Basel 2009, Rz. 3730; *Kolarov* (Anm. 2), S. 165.

16 *Hänni/Bortler* (Anm. 4), Art. 56 BV, N 5.

17 *Yves Lejeune* (Hrsg.), Recueil des accords internationaux conclus par les Cantons suisses: en vigueur au 1^{er} janvier 1980, Bern/Frankfurt a.M. 1982.

18 *Yves Lejeune*, Le statut international des collectivités fédérées à la lumière de l'expérience suisse, Paris 1984.

19 Vgl. *Lejeune*, Recueil (Anm. 17), S. 17, 422 ff.

20 *René Rhinow/Markus Schefer/Peter Uebersax*, Schweizerisches Verfassungsrecht, 3. Aufl., Basel 2016, Rz. 3730. Ebenfalls 100 Verträge nennen *Andreas Auer/Giorgio Malinverni/Michel Hottelier*, Droit constitutionnel suisse, vol. 1, 3. Aufl., Bern 2013, S. 448.

recht der schweizerischen Kantone schreibt, der «hie und da in der Lehre anzutreffende Hinweis auf rund hundert in Kraft stehende Verträge» müsse «drastisch nach unten korrigiert werden».²¹ Die Bestimmungen der Bundesverfassung zur kantonalen Vertragsschlusskompetenz seien «weitgehend, wenn nicht vollumfänglich tote Buchstaben geblieben». Der relativ weite Raum, den die Bundesverfassung den Kantonen für Vereinbarungen mit dem Ausland zur Verfügung stelle, werde selbst in den Grenzkantonen «in formeller Hinsicht nur höchst marginal genutzt».²² Eine deutlich höhere Zahl nannte dagegen in einem Vortrag vor der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung von 1999 der damalige Chef der Sektion Landesgrenzen und Nachbarrecht in der Direktion für Völkerrecht des EDA, *Othmar Bühler*: Die Zahl der seiner Sektion im April 1999 von den Kantonen gemeldeten Verträge (ohne Differenzierung nach dem Kriterium der von Art. 102 Ziff. 7 BV 1874 vorgesehenen Genehmigung durch den Bundesrat) gehe «gegen 300».²³ Es ist wahrscheinlich, dass diese Zahl in einem erheblichen Umfang auch verwaltungs- und privatrechtliche Verträge der Kantone einschloss.

Da demnach die verfügbaren Angaben in der Literatur schwanken, überwiegend aber seit inzwischen mehr als dreissig Jahren die Zahl von ca. 140 geltenden völkerrechtlichen Verträgen der Kantone weiterverbreiten, und da zugleich der Bund über keine vollständige Liste dieser Verträge verfügt,²⁴ haben sich die Verfasser des vorliegenden Beitrags das Ziel gesetzt, aufgrund von amtlichen Angaben der Kantone eine aktuelle Liste der kantonalen Verträge zusammenzustellen, um so zu einem verlässlicheren Zahlenbild zu gelangen, zugleich aber auch eine bessere Übersicht über die Gegenstände der Verträge zu erhalten sowie weitere Forschung zu ermöglichen. Das massgebliche Stichdatum ist dabei der 25. September 2017. (Aus Platzgründen erscheint die Liste nicht in der gedruckten Ausgabe des Zentralblatts, sondern in Swisslex (s. S. 107 unten bei **).)

2. Methodik der Untersuchung

Für die von den Kantonen seit der Bundesstaatsgründung von 1848 bis zum 1. Januar 1980 abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge konnte auf die Sammlung

21 *Andreas Auer*, Staatsrecht der schweizerischen Kantone, Bern 2016, Rz. 752.

22 *Auer* (Anm. 21), Rz. 754.

23 *Othmar Bühler*, Die Staatsverträge der Kantone, in: *LeGes* 1999/3, S. 75, 77.

24 So ausdrücklich *Bühler* (Anm. 23), S. 76. Vgl. zur sog. Orientierung des Bundes im Bundesblatt über Verträge, welche die Kantone mit dem Ausland zu schliessen beabsichtigen, hinten bei Anm. 32. Aus dem Bundesblatt ist nicht ersichtlich, welche dieser Verträge in der Folge auch tatsächlich abgeschlossen wurden. Zu der von *Hangartner* bereits 1977 vorgeschlagenen zentralen amtlichen Sammlung des völkerrechtlichen Vertragsrechts der Kantone ist es bis heute nicht gekommen. Vgl. *Yvo Hangartner*, Sammlung des interkantonalen Rechts und des völkerrechtlichen Vertragsrechts der Kantone, in: *Association Henri Zwahlen pour le développement du droit administratif et du droit fiscal* (Hrsg.), *Mélanges Henri Zwahlen: Recueil de travaux publiés à la mémoire du juge fédéral et professeur H. Zwahlen*, Lausanne 1977, S. 87, 96 f.

von *Lejeune* zurückgegriffen werden.²⁵ Verträge, die ausschliesslich in *Lejeunes* Sammlung aufgeführt werden, sind in der Liste in Teil C dieses Beitrags in kursiver Schrift hervorgehoben. In normaler Schrift wiedergegebene Vertragstitel sind dagegen auch in den kantonalen Erlasssammlungen auffindbar und mit den entsprechenden systematischen Nummern versehen. Die heutige rechtliche Bedeutung dieser älteren Verträge ist ohne eine genaue Analyse ihres Inhalts nicht leicht zu bestimmen. Jedenfalls im Jahr 1980 gingen die Kantone noch von ihrer Gültigkeit aus. Ein Teil der Verträge wird auch in der elektronischen EDA-Datenbank Staatsverträge²⁶ sowie in den gegenwärtigen kantonalen Erlasssammlungen (wenngleich nicht in denen aller jeweils an dem Vertrag beteiligten Kantone) aufgeführt. Förmliche Kündigungen oder Aufhebungen der Verträge sind nicht bekannt. Zu beachten ist, dass solche in der völkerrechtlichen Vertragspraxis der Staaten auch eher selten sind, um unbeabsichtigte Rückwirkungen auf frühere Rechtsverhältnisse zu vermeiden.²⁷

Nicht in die Liste aufgenommen wurden Verträge der Kantone, von denen feststeht, dass sie ausser Kraft getreten sind.²⁸

Lediglich die Kantone Genf und Bern führen eine Sammlung ihrer grenzüberschreitenden Vereinbarungen, die im Internet publiziert wird.²⁹ Daher wurde im Verlauf des Jahres 2016 von den Verfassern an alle Staatskanzleien der Schweizer Stände brieflich die Frage gerichtet, ob die jeweilige kantonale Verwaltung über eine Auflistung der auf der Grundlage des Art. 56 BV (bzw. Art. 9 BV 1848 und 1874) geschlossenen und noch in Kraft befindlichen völkerrechtlichen Verträge verfüge. Die Ergebnisse dieser Umfrage, für deren Übermittlung den Staatskanzleien und den übrigen beteiligten kantonalen Behörden an dieser Stelle nochmals gedankt sei, bilden die Grundlage der Liste in Teil C dieses Beitrags. Ausserdem wurden die amtlichen Gesetzessammlungen der Kantone auf in ihnen enthaltene völkerrechtliche Verträge hin durchgesehen.

25 Vgl. Anm. 19.

26 <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/voelkerrecht/ternationale-vertraege/datenbank-staatsvertraege.html>.

27 Die II. Zivilkammer des Obergerichts Zürich entschied am 11. Oktober 2013 (Urteil PS130158, rechtskräftig), die Übereinkunft zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen verschiedener Kantone, darunter des Kantons Zürich, und der Krone Württemberg betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen vom 12. Dezember 1825/13. Mai 1826 sei gültiges kantonales Recht.

28 Ein Beispiel eines solchen Abkommens ist der Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, im Namen des Kantons St. Gallen, und der Republik Österreich zur Vermeidung gewisser Doppelbesteuerungsfälle vom 24. Oktober 1927, vom Grosse Rat des Kantons St. Gallen genehmigt am 17. November 1927, vom Bundesrat genehmigt am 3. Februar 1928. Im Schlussprotokoll war das Beitrittsrecht der anderen schweizerischen Kantone vorgesehen. Von diesem Recht machten zahlreiche Kantone Gebrauch. Der Vertrag wurde durch die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich im Jahr 1938 in seiner Wirksamkeit beendet. Vgl. *Guggenheim* (Anm. 4).

29 Siehe Teil C, Abschn. 6 und 8.

In der Literatur, die sich mit der völkerrechtlichen Praxis der Kantone beschäftigt hat, finden sich traditionell Warnungen hinsichtlich der Vollständigkeit der entsprechenden Darstellungen. So schrieb bereits *Wildhaber* im Vorwort zu Lejeunes Sammlung, die Untersuchungen der letzten Jahre hätten ergeben, dass die Kantone mehr als die Hälfte ihrer Verträge mit dem Ausland weder publiziert noch dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet hatten. Es sei deshalb schwierig, sich eine objektive Vorstellung von Umfang und Inhalt dieser Verträge zu machen.³⁰ Auch *Dietrich Schindler* wies auf die häufige Nichtunterbreitung von Verträgen der Kantone an den Bundesrat und die Unklarheit der Abgrenzung der völkerrechtlichen von den privat- und verwaltungsrechtlichen Verträgen hin.³¹ Zwar sieht Art. 56 Abs. 2 Satz 2 der neuen Bundesverfassung vor, dass die Kantone den Bund vor Abschluss der Verträge zu informieren haben. Gemäss Art. 62 Abs. 1 RVOG, in Kraft seit 1. Juni 2006,³² orientiert der Bund über die Verträge, die ihm zur Kenntnis gebracht wurden, im Bundesblatt.³³ Doch nimmt Art. 61c Abs. 2 RVOG von dieser Informationspflicht der Kantone Verträge aus, die «a. dem Vollzug von Verträgen dienen, über die der Bund informiert wurde», oder die «b. sich in erster Linie an die Behörden richten oder administrativ-technische Fragen regeln».³⁴ Ausserdem hat der Bund keine Möglichkeit, die Informationsverpflichtung der Kantone durchzusetzen.³⁵

Aus diesen Gründen kann auch die im Teil C veröffentlichte Liste nicht den Anspruch erheben, auch nur die förmlich von den Kantonen geschlossenen völkerrechtlichen Verträge vollständig aufzuführen. Berücksichtigt wurden allerdings mit dem Ziel solcher Vollständigkeit die von den Kantonen publizierten Verträge.

3. Abgrenzungen

Die Liste (Teil C dieses Beitrags) beschränkt sich auf völkerrechtliche Verträge der Kantone, weshalb eine Abgrenzung von den unter den Kantonen geschlossenen Verträgen (Konkordaten) im Sinne des Art. 48 BV vorzunehmen ist. Unter völkerrechtlichen Verträgen sind auf der Grundlage des Völkerrechts geschlossene Vereinbarungen zwischen zwei oder mehreren Völkerrechtssubjekten zu verstehen,

30 *Luzius Wildhaber*, Préface, in: Lejeune, Recueil (Anm. 19), S. 5. Ähnlich *Rhinow* (Anm. 12), Rz. 3316, *Rhinow/Schefer* (Anm. 15), Rz. 3730, und *Rhinow/Schefer/Uebersax* (Anm. 20), Rz. 3730.

31 *D. Schindler* (Anm. 5), Art. 10 BV, Rz. 12.

32 AS 2006 1265; BBl 2004 7103.

33 Entsprechende Auswertung des Bundesblatts für den Zeitraum zwischen 2004 und Juni 2012 bei *Kolarov* (Anm. 2), S. 167 f.

34 Art. 61c RVOG, eingefügt durch Ziff. I des BG vom 7. Okt. 2005, in Kraft seit 1. Juni 2006 (AS 2006 1265; BBl 2004 7103).

35 So *Bühler* (Anm. 23), S. 82.

die Rechte und Pflichten für die Vertragsparteien begründen.³⁶ Konkordate sind im schweizerischen Verfassungsrecht hingegen interkantonale Verträge zur Festlegung der horizontalen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gliedstaaten.³⁷ Verträge der Kantone mit dem Ausland werden von Art. 48 BV nicht erfasst.³⁸ Diese richten sich vielmehr nach den Kriterien und dem Verfahren von Art. 56 BV. Eine gewisse Schwierigkeit bildet in dieser Hinsicht die Einordnung der kantonalen Vereinbarungen, an denen das Fürstentum Liechtenstein beteiligt ist. Die Praxis behandelt Konkordate unter Beteiligung Liechtensteins als Konkordatsrecht gemäss Art. 48 BV, Verträge einzelner Kantone mit dem Fürstentum dagegen als völkerrechtliche Verträge gemäss Art. 56 BV.³⁹ In die Liste sind die Konkordate mit liechtensteinischer Beteiligung nicht aufgenommen worden, da sonst durch diesen überwiegend pragmatisch bedingten Sonderfall (nämlich der Behandlung Liechtensteins, als wäre es ein Schweizer Kanton) das Gesamtbild der völkerrechtlichen Betätigung der Kantone zu stark verzerrt würde. Dagegen werden von einzelnen Kantonen bilateral mit Liechtenstein abgeschlossene Verträge in der Liste berücksichtigt.

Der Kanton Waadt (*l'Office des affaires extérieures*) nahm unsere Anfrage zum Anlass, eine eigene neue Liste der kantonalen völkerrechtlichen Verträge zu erstellen. Das Ergebnis bestand aus einer Zusammenstellung von Übereinkünften der Regierung und verschiedener Departemente sowie von mehreren von der Kantonspolizei abgeschlossenen Vereinbarungen mit ausländischen Gebietskörperschaften.⁴⁰ Keine dieser Übereinkünfte oder Vereinbarungen hat jedoch Eingang in die amtliche Sammlung des Kantons Waadt gefunden. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die Kantonsverwaltung zum Beispiel eine Kooperationsvereinbarung mit der chinesischen Provinz Jiangsu vom 14. Oktober 2010 (*Accord de coopération entre le département de l'économie du canton de Vaud et le Département du commerce de la province de Jiangsu*) als eine verwaltungsrechtliche Vereinbarung betrachtet, die keiner Veröffentlichung bedarf. Dabei mag es sich nach den Regeln des völkerrechtlichen Vertragsrechts sehr wohl um einen völkerrechtlichen Vertrag handeln. Gleichwohl haben sich die Verfasser entschieden, die betreffenden Vereinbarungen in der Liste nicht zu berücksichtigen. Denn es ist anzunehmen, dass auch die übrigen Stände ähnliche verwaltungsrechtliche oder rechtsgeschäftliche Abreden mit dem Ausland geschlossen haben. Eine Berücksichtigung der unveröffentlichten Verträge lediglich des Kantons Waadt würde einen interkanto-

36 Vgl. nur Ulrich Häfelin/Walter Haller/Helen Keller/Daniela Thurnherr, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 9. Aufl., Zürich 2012, Rz. 1892 f.

37 Vgl. Bernhard Waldmann/Zeno Schnyder von Wartensee, in: Basler Kommentar zur Bundesverfassung, 2015, Art. 48 N 5.

38 Rainer J. Schweizer/Ursula Abderhalden, in: St. Galler Kommentar zur Bundesverfassung, 3. Aufl. 2014, Art. 48 N 18.

39 D. Schindler (Anm. 5), Art. 10 BV, Rz. 17; Biaggini (Anm. 11), Art. 56, N 4.

40 Conventions signées entre l'Etat de Vaud et des partenaires étrangers (ohne Datum, den Verfassern vorliegend.)

nenalen Vergleich der Ergebnisse erschweren. Denn die übrigen Kantone führen weder spezielle Vertragslisten noch verwalten sie diese Informationen zentral. Vielmehr verweisen sie auf ihre amtlichen Erlassensammlungen. Es muss jedoch damit gerechnet werden, dass in diesen lediglich ein Teil der bestehenden völkerrechtlichen Verträge des jeweiligen Kantons überhaupt ersichtlich ist. Viele kantonale Sammlungen kennen zwar eine Kategorie «internationaler Verträge». In diese sind aber in erster Linie rechtsetzende Verträge aufgenommen worden, welche Rechte und Pflichten einzelner Bürgerinnen und Bürger begründen.

Verträge der Kantone mit ausländischen Gemeinden oder anderen völkerrechtlich nicht vertragsfähigen Gebietskörperschaften sind keine völkerrechtlichen Verträge; sie fallen nicht unter Art. 56 BV (bzw. Art. 9 BV 1848 und 1874).⁴¹ Gleichwohl haben die Verfasser solche Verträge dann in der Liste in Teil C dieses Beitrags berücksichtigt, wenn der betreffende Kanton sie selbst als internationale Vereinbarung in seine Gesetzessammlung aufgenommen hat.⁴²

B. Statistische Ergebnisse

Mit den folgenden statistischen Darstellungen der in der Liste (unter C) erfassten Suchergebnisse wird der Versuch unternommen, die öffentlich zugänglichen völkerrechtlichen Verträge der Kantone nach verschiedenen Kriterien (wie dem Zeitpunkt des Abschlusses und dem Vertragsinhalt) zu unterscheiden, um so ein möglichst aussagekräftiges Bild der praktischen Entwicklung der völkerrechtlichen Vertragspraxis der Kantone – besonders in der neueren Zeit – zu vermitteln.

Für die Beantwortung der Frage, mit welcher *Intensität* ein Kanton seine verfassungsmässige Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge genutzt hat, wird auf die Anzahl seiner Vertragsschlüsse (oder -bindungen) abgestellt. Es existieren nämlich viele multilaterale Verträge, welchen mehrere Kantone als Parteien angehören. Da es sich zwar jeweils um nur einen Vertrag handelt, jeder Kanton aber mit seinem Beitritt seine eigene Bindung herbeigeführt hat, werden jene Vereinbarungen in den Statistiken, welche die Häufigkeit von Vertragsschlüssen zum Gegenstand haben, *pro Beitritt* gezählt.

Tabelle 1 (Vertragsschliessung durch die Kantone vor und nach 1980) soll zeigen, in welchem Ausmass die Kantone ihre Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge seit der letzten umfassenden Zählung durch *Lejeune* (Stichdatum 1. Januar 1980) genutzt haben. Obwohl die Zeitspanne seit 1980 wesentlich kürzer

41 Vgl. D. Schindler (Anm. 10), Art. 10 BV, Rz. 19.

42 Vgl. z.B. unter Basel-Stadt Nr. 786.360: Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch den Regierungsrat, einerseits, und der Stadt Weil am Rhein, vertreten durch den Bürgermeister, andererseits, betreffend die Verwertung und Vernichtung von Abfallstoffen (1970).

ist als die vorausgehende Periode von 1848 bis 1980, fallen 42.20%⁴³ aller öffentlich dokumentierten Vertragsschlüsse in diese Spanne der letzten 35 Jahre, was in erster Linie der Zunahme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zuzuschreiben ist.⁴⁴ Insofern hat sich eine entsprechende Einschätzung von Dietrich Schindler von 1988 bewahrheitet.⁴⁵ Allerdings gilt dieser Vergleich der beiden Zeitspannen nur mit dem Vorbehalt, dass Verträge, die wegen Kündigung oder einvernehmlicher Aufhebung nicht mehr in Kraft sind, von den Angaben der Tabelle nicht erfasst werden.

Aus der Tabelle ergibt sich, dass die Zahl der von den Kantonen geschlossenen völkerrechtlichen Verträge erheblich grösser ist als in der Literatur angenommen. Auch für den Zeitraum vor 1980 konnten Verträge ermittelt werden, welche in Lejeunes Sammlung keine Berücksichtigung fanden.

Ordnet man die abgeschlossenen Verträge den Grenz- bzw. Binnenkantonen zu, so überrascht entsprechend kaum, dass die Mehrheit der Übereinkünfte auf die Kantone fällt, deren Gebiet an das Ausland angrenzt. Die Binnenkantone, die rund 40 Prozent aller Stände⁴⁶ ausmachen, haben lediglich ca. 20% der aufgelisteten Verträge abgeschlossen.⁴⁷ Von grösserer Bedeutung ist jedoch die Feststellung, dass sich die Binnenkantone in der Periode vor 1980 wesentlich stärker völkerrechtlich engagiert haben als in der Zeit seit 1980 und in der Gegenwart. Während ca. 25% der älteren Verträge auf die Rechnung der Kantone ohne Aussengrenze gehen, haben wir im Zeitraum seit 1980 lediglich 16 Vertragsschlüsse der Binnenkantone gezählt.⁴⁸ Die Gründe hierfür sind vermutlich in der schon erwähnten gewachsenen Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu suchen. Für diese besteht beim Fehlen einer kantonalen Grenze zum Ausland wenig Bedarf. Am Beispiel Genfs lässt sich erkennen, dass sehr viele Verträge (24) in den Bereich der regionalen Kooperation («coopération dans l'agglomération franco-valdo-genevois») fallen.

Das Diagramm 5 zeigt, mit welchen ausländischen Staaten die Kantone hauptsächlich Verträge geschlossen haben. Im Zeitraum vor 1980 stehen die deutschen Einzelstaaten und das Deutsche Reich bzw. die Bundesrepublik Deutschland an der Spitze, gefolgt von Frankreich und Liechtenstein. Im Zeitraum nach 1980 do-

43 184 der insgesamt 436 gezählten Vertragsschlüsse fallen in die Zeitperiode seit 1980. Das untenstehende Diagramm 1 bezieht sich dagegen auf die Zahl der gegenwärtig gültigen Verträge (nicht die Zahl der Vertragsschlüsse).

44 Vgl. auch *Kolarov* (Anm. 2), S. 233 ff.: «Die grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit im Fokus kantonaler Aussenpolitik».

45 Vgl. *D. Schindler* (Anm. 10), Art. 9 BV, Rz. 2: «In neuerer Zeit haben die Notwendigkeit intensiver grenznachbarschaftlicher Zusammenarbeit und teilweise auch autonomistische Bestrebungen zu einer Neubelebung der Aussenbeziehungen der Kantone und Gemeinden geführt.» Vgl. auch *ders.*, Art. 10 BV, Rz. 13–21.

46 11 von 26 Kantonen haben keine internationale Aussengrenze.

47 86 von insgesamt 436 Vertragsschlüssen fallen auf die Binnenkantone.

48 Dies ergibt einen Anteil an den völkerrechtlichen Verträgen der Kantone seit 1980 von unter 10%.

miniert dagegen Frankreich als ausländischer Vertragspartner der Kantone, dem mit grossem Abstand Deutschland, Italien und Liechtenstein folgen.

Tabelle 1: Vertragsschliessung durch die Kantone vor und nach 1980

Kanton	Anzahl der Vertragsschlüsse vor 1980	Anzahl der Vertragsschlüsse nach 1980	Gesamtzahl
Aargau*	15	4	19
Appenzell Ausserrhoden	6	2	8
Appenzell Innerrhoden	7	2	9
Basel-Landschaft*	11	3	14
Basel-Stadt*	25	11	36
Bern	11	5	16
Freiburg	7	2	9
Genf*	15	61	76
Glarus	4	1	5
Graubünden*	10	2	12
Jura*	8	14	22
Luzern	6	0	6
Neuenburg*	4	5	9
Nidwalden	6	1	7
Obwalden	5	1	6
St. Gallen*	20	15	35
Schaffhausen*	14	7	21
Schwyz	4	1	5
Solothurn*	16	3	19
Tessin*	6	22	28
Thurgau*	13	3	16
Uri	6	0	6
Waadt*	14	14	28
Wallis*	4	2	6
Zürich*	7	2	9
Zug	8	1	9
Vertragsschlüsse insgesamt	252	184	436

* Grenzkantone

Die folgende Tabelle 2 und die Diagramme 1 bis 6 veranschaulichen die Suchergebnisse nicht mehr nach Kantonen, sondern nach Vertragsinhalten. Die sachlichen Vertragsgruppen wurden in Anlehnung an die Systematik Lejeunes gebildet,

um die neueren Entwicklungen mit der Vergangenheit vergleichen zu können.⁴⁹ Betrachtet man die Gruppen «Zivil- und Handelsrecht» sowie «Internationale Organisationen und Zusammenarbeit», fällt auf, dass die beiden Kategorien nur in jeweils einer Zeitspanne vorkommen. Während es sich bei den Verträgen der ersten Gruppe ausschliesslich um Gegenrechtserklärungen in Konkursfällen handelt, welche die Kantone im Verhältnis zu Bayern, Sachsen und Baden anfangs des 19. Jahrhunderts abgegeben haben, zählen zur zweiten Gruppe jegliche Verträge, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffen. Des Weiteren wird ersichtlich, dass Themen wie «staatskirchenrechtliche Fragen», «Steuern» oder «Wirtschaftsfragen» vor 1980 häufiger Inhalte völkerrechtlicher Verträge darstellten als nachher. In der Gegenwart stehen dagegen Übereinkünfte zur «öffentlichen Gesundheit», «Ausbildung, Erziehung und Kultur» sowie zu «öffentlichen Einrichtungen, Energie und Verkehrswegen», d.h. Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, im Vordergrund.

Wie im untenstehenden Diagramm 4 dargestellt, überwog im Zeitraum vor 1980 die Zahl der bilateralen Verträge die der multilateralen bei weitem (um das Fünffache). Bilateralen Natur waren etwa die Verträge über Steuerfragen. Dagegen ist im Zeitraum seit 1980 die Zahl der bilateralen und der multilateralen Verträge fast gleich gross. Diese Entwicklung dokumentiert die wachsende Bedeutung multilateraler Verträge, wie sie auch im allgemeinen völkerrechtlichen Vertragsrecht zu beobachten ist.

Tabelle 2: Völkerrechtliche Verträge der Kantone nach Sachgebieten vor und seit 1980

Sachgebiete der Verträge	Vor 1980	Nach 1980	Total
Grenzfragen	16	0	16
Staatskirchenrechtliche Verträge	11	2	13
Internationale Organisationen u. Zusammenarbeit	1	63	64
Zivil- und Handelsrecht	4	0	4
Schule, Bildung und Kultur	9	9	18
Steuern	29	2	31
Öffentliche Einrichtungen, Energie, Verkehrswege	27	27	54
Wirtschaftsfragen	20	10	30
Öffentliche Gesundheit	5	22	27
Total	122	135	257

49 *Lejeune*, Recueil, S. 19, verwendet die folgende *classification systématique* (mit Untergruppen in den Kategorien 4 bis 9): 1. Frontières: entretien de signes de démarcation; 2. Église et Cantons; 3. Organisations internationales et Cantons; 4. Droit civil, droit commercial, droit pénal; 5. Éducation, formation, culture; 6. Impôts; 7. Travaux publics, énergie et communication; 8. Économie; 9. Santé publique.

Diagramm 1: Prozentuales Verhältnis der gegenwärtig gültigen Verträge nach dem Zeitpunkt ihres Abschlusses (vor und seit 1980)

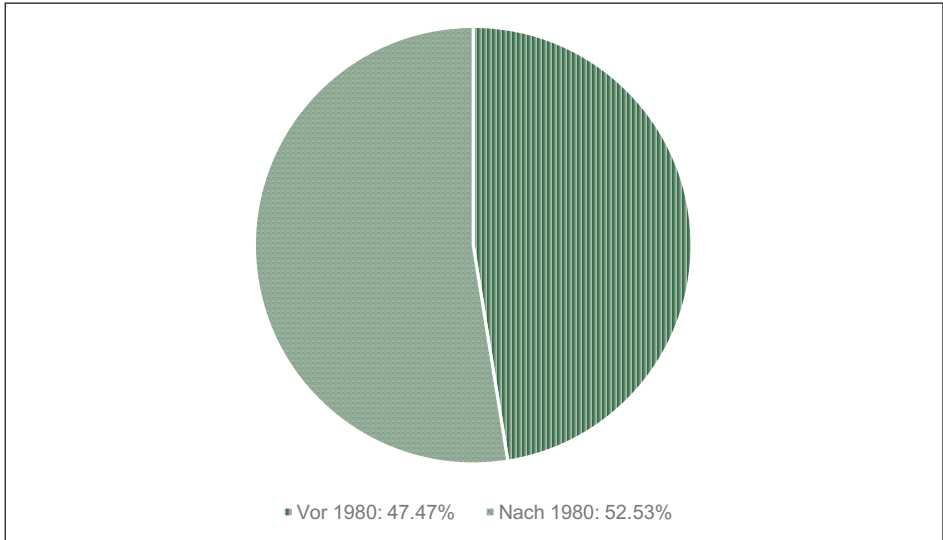


Diagramm 2: Häufigkeit bestimmter Regelungsinhalte in den vor 1980 geschlossenen Verträgen

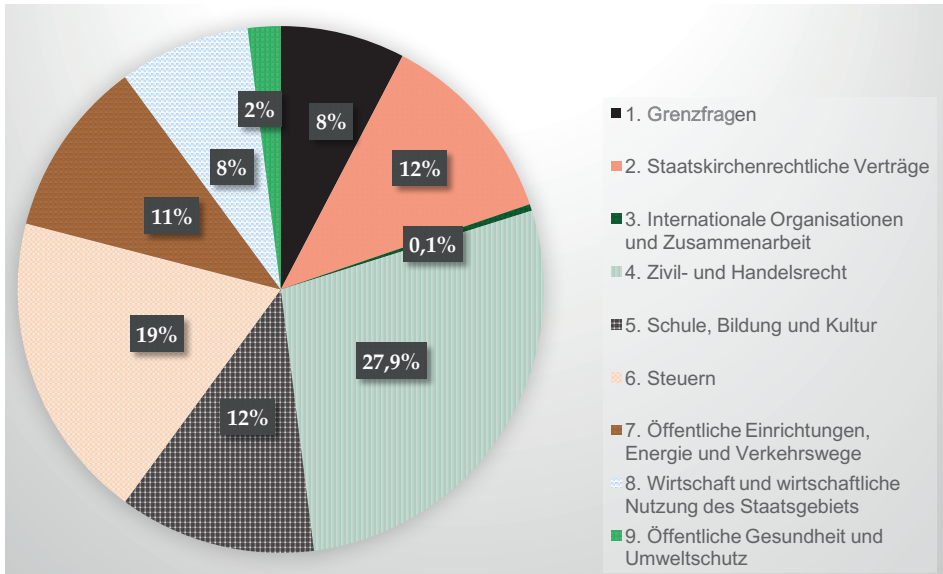


Diagramm 3: Häufigkeit bestimmter Regelungsinhalte in den seit 1980 geschlossenen Verträgen

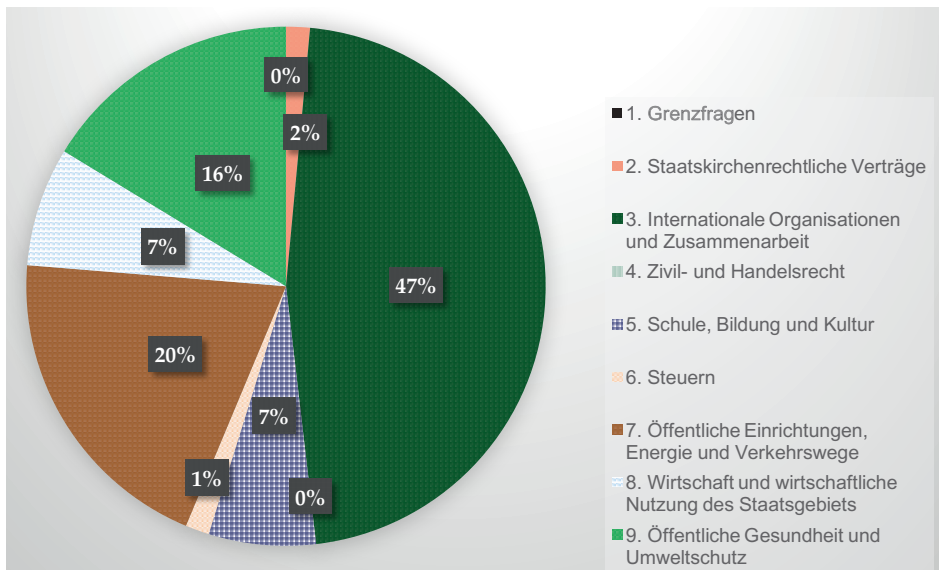


Diagramm 4: Das zahlenmässige Verhältnis zwischen bilateralen und multilateralen Verträgen vor und nach 1980

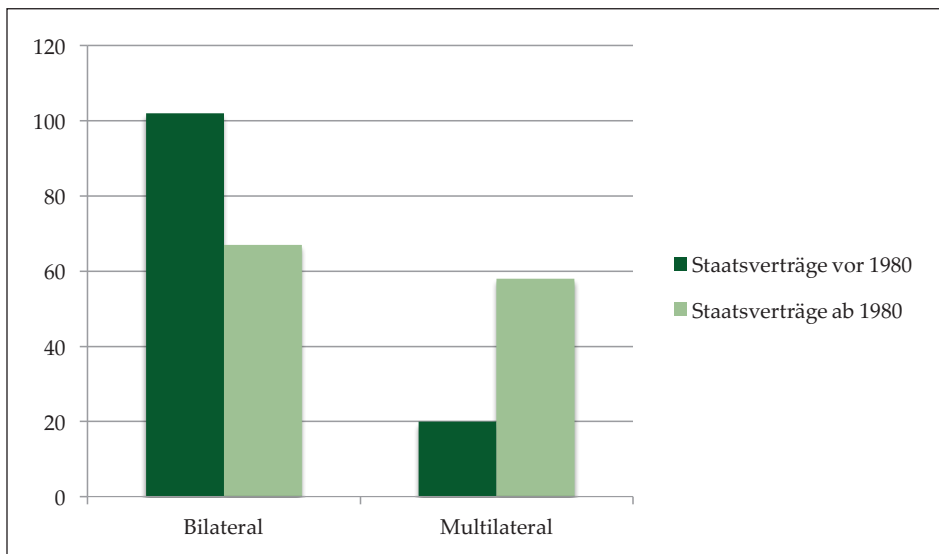


Diagramm 5: Ausländische Vertragsparteien der Kantone vor und nach 1980

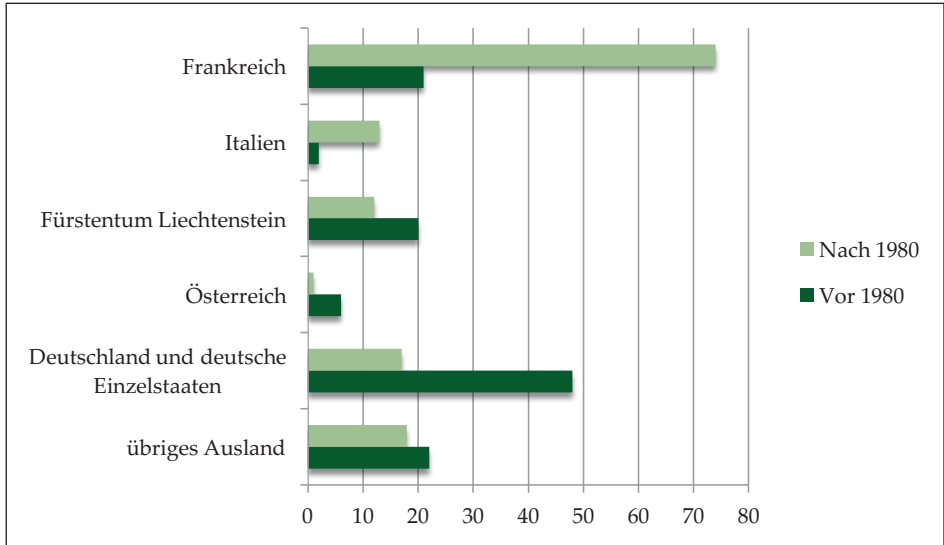
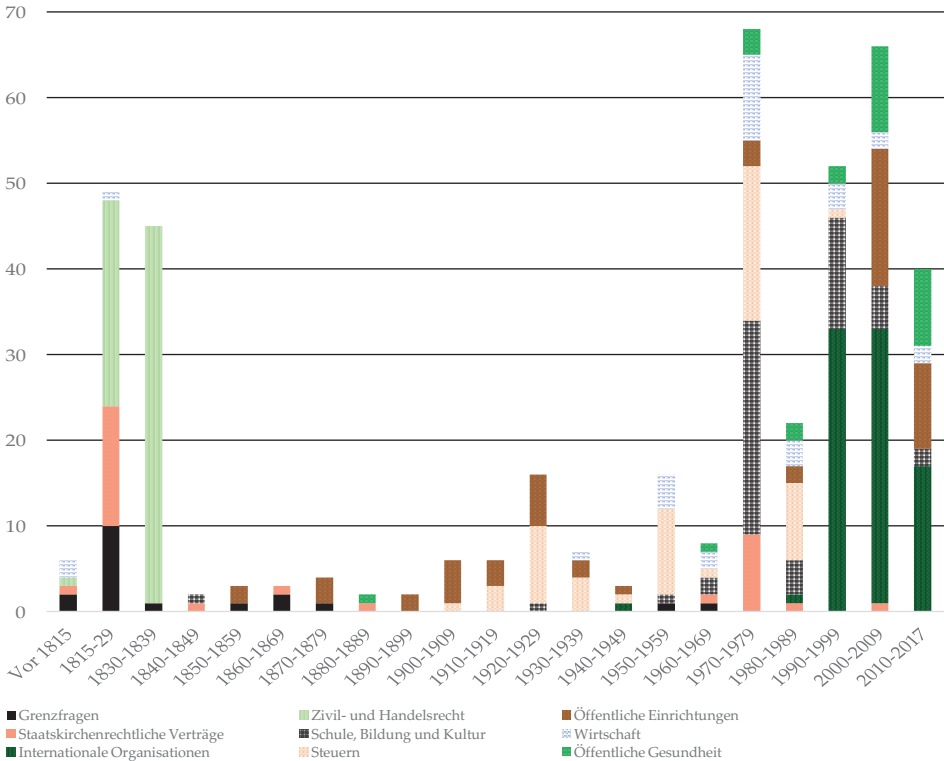


Diagramm 6: Kantonale Vertragsschlüsse nach Zeiträumen und Sachgebieten



Für die relativ beschränkte Zahl völkerrechtliche Vertragsabschlüsse der Kantone in der Gegenwart lassen sich verschiedene Gründe identifizieren:

- Der Rückgang kantonaler Kompetenzen, insbesondere legislativer Kompetenzen, zugunsten des Bundes hat in entsprechendem Masse den Anwendungsbereich des Art. 56 Abs. 1 BV verkleinert.
- Materien, die früher mittels kantonaler Verträge mit dem Ausland geregelt wurden, unterliegen heute der Regelung durch internationale Konventionen, Sekundärrecht internationaler Organisationen sowie (für die Nachbarstaaten der Schweiz) das Recht der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums; sie können daher in bilateralen Verträgen nicht mehr gestaltet werden.
- Der völkerrechtliche Vertrag hat als Instrument der internationalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gegenüber anderen Formen wie informellen Absprachen und Erklärungen einerseits und privat- und verwaltungsrechtlichen Vereinbarungen andererseits an praktischer Bedeutung verloren.⁵⁰
- Die Kantonsregierungen bevorzugen oft informelle Absprachen, weil diese nicht nach kantonalem Verfassungsrecht der Genehmigung durch die kantonalen Parlamente unterliegen,⁵¹ weil sie vor Abschluss nicht gemäss Art. 56 Abs. 2 Satz 2 BV dem Bund vorgelegt werden müssen, weil sie nicht in Widerspruch zu geltendem kantonalen oder Bundesrecht geraten können, und weil sie leichter geändert werden können.⁵²
- Eine ähnliche Interessenlage besteht häufig auch auf der Seite der ausländischen Vertragspartner, z.B. der Regierungen der deutschen und der österreichischen Länder oder der italienischen Regionen.⁵³

50 In diesem Sinne auch *Hänni/Bortler* (Anm. 4), Art. 56 N 7.

51 Vgl. zu den Anforderungen nach kantonalem Recht die Vereinbarung zwischen den Kantonen Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura über die Aushandlung, Ratifikation, Ausföhrung und Änderung der interkantonalen Verträge und der Vereinbarungen der Kantone mit dem Ausland vom 9. März 2001 (in Kraft getreten am 23. April 2002), SR 134.11.

52 Beispiele jüngerer informeller Absprachen: Memorandum of Understanding zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Niedersachsen und der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern über die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Gebietskörperschaften vom 1. Juni 2007; Sister-City/Region Agreement between the Canton of Bern and the City of Shenzhen (People's Republic of China) vom 13. Februar 2015; Freundschaftsabkommen zwischen der Präfektur Nara (Japan) und dem Kanton Bern vom 17. April 2015.

53 Vgl. *Bardo Fassbender*, Die Schweiz und Deutschland als «offene Bundesstaaten»: Zur schwindenden Bedeutung der Völkerrechtssubjektivität der Kantone und Länder, in: Giovanni Biagini/Oliver Diggelmann/Christine Kaufmann (Hrsg.), *Polis und Kosmopolis. Festschrift für Daniel Thürer*, Zürich 2015, S. 149, 154: «Als Grund für die beschränkte Vertragspraxis und die Vernachlässigung der völkerrechtlichen Stellung der [deutschen] Länder wird man weniger Vergesslichkeit und Ignoranz der Landespolitik als vielmehr eine politische Lage sehen müssen, in der den Landesregierungen ganz überwiegend eine Inanspruchnahme ihrer Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge nicht mehr als sinnvoll oder zielföhrend erscheint.»

- Die oft praktisch sinnvolle oder notwendige Beteiligung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ohne Völkerrechtssubjektivität an einer Vereinbarung führt zur Wahl eines nicht-völkerrechtlichen Instruments.
- Die Bedeutung «hoheitlichen» auswärtigen Handelns des Staates, insbesondere in den Formen des Völkerrechts, hat sich mit der Zunahme der grund- und menschenrechtlich geschützten grenzüberschreitenden Beziehungen der «Privaten» relativiert. Der «offene Bundesstaat» ist insofern weitgehend im freiheitlichen Verfassungsstaat aufgegangen, der allen Grundrechtsträgern (natürlichen und juristischen Personen) auch international ein Handeln in weitestem Umfang ermöglicht und garantiert.
- Das rechtlich-politische Bewusstsein von einem Bedingungs-zusammenhang zwischen Staatlichkeit, Souveränität und selbständigen auswärtigen Beziehungen, den die europäische Staats- und Völkerrechtslehre des 18. und 19. Jahrhunderts konstruiert hatte, ist heute weitgehend geschwunden.⁵⁴

An diesen Gegebenheiten gemessen ist der gegenwärtige Umfang der völkerrechtlichen Vertragspraxis der Kantone noch eher erstaunlich gross. Die Kantone haben das Instrument des völkerrechtlichen Vertrags noch nicht aufgegeben. In bestimmten Fällen erscheint es ihnen noch immer nützlich, etwa dann, wenn mit einer Vereinbarung Rechtswirkungen für kantonale Behörden und einzelne Bürgerinnen und Bürger begründet werden sollen. Daher ist auch für die Zukunft mit dem Abschluss völkerrechtlicher Verträge durch die Kantone zu rechnen. Man wird anfügen dürfen, dass die Kantone auch gut beraten wären, ein Instrument, das ihnen bereits unter dem Bundesvertrag von 1815 zur Verfügung stand, und eine Stellung in der Völkerrechtsgemeinschaft, die seit zweihundert Jahren internationale Anerkennung gefunden hat, zu bewahren.

54 Vgl. *Fassbender*, a.a.O., S. 156 f.

C. Liste der gegenwärtig gültigen völkerrechtlichen Verträge der Kantone⁵⁵

Inhaltsverzeichnis

1. Aargau	I
2. Appenzell Ausserrhoden	III
3. Appenzell Innerrhoden	IV
4. Basel-Landschaft	VI
5. Basel-Stadt	VII
6. Bern	XI
7. Freiburg	XIII
8. Genf	XIV
9. Glarus	XIX
10. Graubünden	XX
11. Jura	XXI
12. Luzern	XXIII
13. Neuenburg	XXIV
14. Nidwalden	XXVI
15. Obwalden	XXVI
16. St. Gallen	XXVII
17. Schaffhausen	XXX
18. Schwyz	XXXIII
19. Solothurn	XXXIV
20. Tessin	XXXVI
21. Thurgau	XXXVIII
22. Uri	XL
23. Waadt	XLI
24. Wallis	XLIV
25. Zürich	XLV
26. Zug	XLVI

1. Aargau (19)

Grenzfragen

- *Staatsvertrag vom 17. Herbstmonat 1808 zwischen dem Grossherzogthum Baden und dem Kanton Aargau, betreffend die Festsetzung der gegenseitigen Staatsgränze*⁵⁶

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **191.100:** Übereinkunft zwischen dem Stand Aargau und dem päpstlichen Stuhle über den Beitritt Aargau's zum Bistum (1828)⁵⁷
- **191.200:** Übereinkunft zwischen den Ständen Luzern, Bern, Solothurn und Zug und dem päpstlichen Stuhle über die Wiederherstellung und neue Umschreibung des Bistums Basel (1828)⁵⁸

⁵⁵ Stand vom 25. September 2017.

⁵⁶ Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der amtlichen Sammlung des Kantons Aargau; siehe jedoch https://www.ag.ch/de/dvi/grundbuch_vermessung/amtliche_vermessung/hoheitsgrenzen/produkte_3.jsp.

⁵⁷ *Lejeune*, Recueil, S. 72.

⁵⁸ *Lejeune*, Recueil, S. 72.

– *Convention additionnelle du 2 mai 1978 relative à l'organisation de l'Evêché de Bâle*⁵⁹

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- **181.100:** Übereinkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (1996) («Karlsruher Übereinkommen»)
- Vereinbarung vom 16. Dezember 1997 zur Gründung des Oberrheinrates⁶⁰
- **181.131:** Kooperationsvereinbarung über die Erneuerung der Hochrheinkommission (2006)

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*⁶¹
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*⁶²
- *Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)*⁶³

Steuern

- *Übereinkunft des 29. Juli und des 7. August 1929 zwischen dem Deutschen Reich und dem Kanton Aargau betreffend die Vermeidung der Doppelbesteuerung von Rheinkraftwerken*⁶⁴
- **630.100:** Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennütigen Zwecken (1979)

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- *Marchverbal vom 8. August 1854 zwischen dem Kanton Aargau und dem Grossherzogtum Baden betreffend die Rheinbrücke in Laufenburg*⁶⁵

59 *Lejeune*, Recueil, S. 72.

60 Nicht in der amtlichen Erlassammlung des Kantons Aargau; siehe aber Vertragstext unter Basel-Landschaft SGS-Nr. 148.12.

61 *Lejeune*, Recueil, S. 74; EDA Datenbank Staatsverträge (abgerufen im Februar 2017).

62 *Lejeune*, Recueil, S. 74; EDA Datenbank Staatsverträge (abgerufen im Februar 2017).

63 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Rechtssammlung des Kantons Aargau; siehe aber Kanton Freiburg.

64 *Lejeune*, Recueil, S. 74.

65 *Lejeune*, Recueil, S. 70.

- *Übereinkommen des 20. Dezember 1890 betreffend das Wasserwerk bei Rheinfelden, Abänderungen und Ergänzungen des 7. September 1893 zum Rheinfelder Übereinkommen zwischen der Regierung des Grossherzogtums Baden, dem Bundesrat der Schweizer Eidgenossenschaft und der Regierung des Kantons Aargau*⁶⁶
- *Protokoll des 2. bis 5. Februar 1903 betreffend die Einrichtung eines Wasserwerkes bei Laufenburg*⁶⁷
- *Protokoll der Rheinfelder Konferenz des 9. bis 12. Juli 1906 betreffend die Erstellung einer Wasserwerkanlage im Rhein bei Augst-Wyhlen*⁶⁸
- *Vereinbarung des 28. November 1912 zwischen der Regierung des Kantons Aargau und der Regierung des Grossherzogtums Baden betreffend die Unterhaltung der neuen Rheinbrücke bei Laufenburg*⁶⁹
- **750.100:** *Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Bau einer Rheinbrücke zwischen Säckingen und Stein (Aargau) (1976)*
- *Abkommen über den Bau und die Erhaltung einer Rheinbrücke zwischen Laufenburg (Aargau) und Laufenburg (Baden-Württemberg) (2004)*⁷⁰

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Aargau, abgerufen unter https://gesetzessammlungen.ag.ch/frontend/texts_of_law

2. Appenzell Ausserrhoden (8)

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Internationale Bodenseekonferenz (IBK)⁷¹

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*⁷²
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*⁷³

66 *Lejeune, Recueil, S. 80.*

67 *Lejeune, Recueil, S. 86.*

68 *Lejeune, Recueil, S. 99.*

69 *Lejeune, Recueil, S. 105.*

70 Mit Schreiben vom 29. Oktober 2004 hat der Kanton Aargau dem Bund den Entwurf des Abkommens zur Kenntnis gebracht und ihn gebeten, das Abkommen nach Art. 56 Abs. 3 BV mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland abzuschliessen, siehe BBl 2005 537.

71 Statut der Konferenz: http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/9847/IBK-Statut_Stand1.1.2010.pdf?fd=2.

72 *Lejeune, Recueil, S. 21.*

73 *Lejeune, Recueil, S. 24.*

- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)⁷⁴

Schule, Bildung und Kultur

- **932.1:** Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld⁷⁵
- **932.1:** Vereinbarung des 4. Mai 1990 über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM)

Steuern

- *Gegenseitigkeitserklärung des 24. November 1926 und des 16. April 1927 zwischen dem Finanzminister des Deutschen Reichs und dem Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden betreffend Steuerbefreiung für letztwillige oder schenkungsweise Zuwendungen kirchlicher, mildtätiger oder gemeinnütziger Art*⁷⁶
- *Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützi- gen Zwecken (1979)*⁷⁷

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Appenzell Ausserrhoden, abgerufen unter <http://www.bgs.ar.ch/>

3. Appenzell Innerrhoden (9)

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Internationale Bodenseekonferenz (IBK)⁷⁸

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*⁷⁹

⁷⁴ Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Appenzell-Ausserrhoden; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

⁷⁵ *Lejeune*, Recueil, S. 26; siehe SR AR 932.1 Fn. 2 für den Verweis auf die Errichtungsvereinbarung.

⁷⁶ *Lejeune*, Recueil, S. 39.

⁷⁷ *Lejeune*, Recueil, S. 44.

⁷⁸ Statut der Konferenz: http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/9847/IBK-Statut_Stand1.1.2010.pdf?fd=2.

⁷⁹ *Lejeune*, Recueil, S. 74.

- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)⁸⁰

Steuern

- *Gegenseitigkeitserklärung des 24. November 1926 und des 16. April 1927 zwischen dem Finanzminister des Deutschen Reichs, dem Landammann und der Standeskommission des Kantons Appenzell Innerrhoden betreffend Steuerbefreiung für letztwillige oder schenkungsweise Zuwendungen kirchlicher, mildtätiger oder gemeinnütziger Art*⁸¹
- *Vereinbarung des 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützigen Zwecken*⁸²

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*⁸³
- **921.910:** Errichtung der Stiftung «Interkantonale Försterschule Maienfeld», Stiftungsurkunde vom 11. Oktober 1972
- *Vereinbarung des 26. August 1976 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, den Kantonen Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Appenzell Innerrhoden betreffend das Lehrerseminar Rickenbach*⁸⁴
- **921.912:** Vereinbarung des 4. Mai 1990 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM)

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Appenzell Innerrhoden, abgerufen unter <http://www.ai.ch/de/politik/gesetzessammlung/>

80 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Appenzell-Innerrhoden; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

81 *Lejeune*, Recueil, S. 67.

82 *Lejeune*, Recueil, S. 68; Vereinbarung geschlossen im Namen der Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Obwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell A.Rh., Appenzell I.Rh., St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt, Neuenburg und ab 29. November 1982 auch Tessin.

83 *Lejeune*, Recueil, S. 63.

84 *Lejeune*, Recueil, S. 63.

4. Basel-Landschaft (14)

Grenzfragen

- Procès-verbal du 24 décembre 1818 de délimitation entre le Canton de Bâle et la France⁸⁵
- *Convention additionnelle du 5 février 1825 au procès-verbal du 24 décembre 1818 de délimitation entre le Canton de Bâle et la France, relative à un droit réciproque de transit en faveur des communes des deux Etats*⁸⁶

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **195.2:** Übereinkunft vom 26. März 1828 wegen der Wiederherstellung und neuen Umschreibung des Bisthums Basel⁸⁷
- **195.5:** Beitritts-Erklärung vom 6. Oktober 1829 zu dem neu organisirten [sic] Bisthum Basel⁸⁸
- Zusatzvereinbarung vom 2. Mai 1978 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Heiligen Stuhl über die Organisation des Bistums Basel⁸⁹

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- **148.11:** Übereinkommen vom 23. Januar 1996 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der französischen Republik und der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (Karlsruher Übereinkommen)
- **148.12:** Vereinbarung vom 16. Dezember 1997 zur Gründung des Oberrheinrates

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*⁹⁰
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausser Rhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*⁹¹
- *Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äussern Rhoden*

85 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Basel-Stadt. Inhaltlich ersetzt durch die «Convention entre la Suisse et la France concernant la fixation de la frontière entre le canton de Bâle-Ville et le département du Haut-Rhin» vom 3. Dezember 1959, SR 0.132.349.37.

86 *Lejeune*, Recueil, S. 119.

87 *Lejeune*, Recueil, S. 113.

88 *Lejeune*, Recueil, S. 113.

89 *Lejeune*, Recueil, S. 113.

90 *Lejeune*, Recueil, S. 115.

91 *Lejeune*, Recueil, S. 115.

einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)⁹²

Steuern

- Briefwechsel vom 3. und 10. Oktober 1910 zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und Elsass-Lothringen über die Besteuerung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten sowie der Ärzte⁹³
- Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennütigen Zwecken⁹⁴
- **331.19:** Vereinbarung vom 11. April 1983 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Grenzgängern

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- Protokoll der Rheinfelder Konferenz des 9. bis 12. Juli 1906 betreffend die Erstellung einer Wasserwerkanlage im Rhein bei Augst-Wyhlen⁹⁵

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Basel-Landschaft, abgerufen unter http://bl.clex.ch/frontend/texts_of_law

5. Basel-Stadt (36)

Grenzfragen

- Procès-verbal du 24 décembre 1818 de délimitation entre le Canton de Bâle et la France⁹⁶
- *Convention additionnelle du 5 février 1825 au procès-verbal du 24 décembre 1818 de délimitation entre le Canton de Bâle et la France, relative à un droit réciproque de transit en faveur des communes des deux Etats*⁹⁷

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **190.500:** Convention conclue relativement à la Réorganisation et nouvelle circonscription de l'Evêché de Bâle (1828)⁹⁸
- **190.500 Anhang 2:** Convention additionnelle du 2 mai 1978 relative à l'organisation de l'Evêché de Bâle⁹⁹

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- **119.100:** Übereinkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, der

92 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Basel-Landschaft.

93 *Lejeune*, Recueil, S. 116.

94 *Lejeune*, Recueil, S. 116; chronologische Sammlung des Kantons Basel-Landschaft GS 29.276.

95 *Lejeune*, Recueil, S. 119.

96 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Basel-Stadt. Vgl. oben Fn. 84.

97 *Lejeune*, Recueil, S. 168.

98 *Lejeune*, Recueil, S. 120.

99 *Lejeune*, Recueil, S. 124.

Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (1994)

- Vereinbarung zur Gründung des Oberrheinrates (1997)¹⁰⁰
- Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit «Interregional Alliance for the Rhine-Alpine Corridor»(2015)¹⁰¹

Zivil- und Handelsrecht

- **230.700:** Übereinkunft zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beyderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1825)¹⁰²
- **230.710:** Übereinkunft zwischen den schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Freyburg, Solothurn, Basel (Stadt- und Landtheil), Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf, sowie Appenzell Ausser-Rhoden, und dem Königreich Bayern über gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1834)¹⁰³
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äussern Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)¹⁰⁴

Steuern

- *Briefwechsel vom 29. August und 8. September 1910 zwischen dem Kanton Basel-Stadt und Elsass-Lothringen über die Besteuerung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten sowie der Ärzte*¹⁰⁵
- *Gegenseitigkeitserklärung vom 24. November 1926 und dem 3. April 1928 zwischen dem Finanzminister des Deutschen Reichs und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt betreffend die Steuerbefreiung für letztwillige oder schenkungsweise Zuwendungen kirchlicher, mildtätiger oder gemeinnütziger Art*¹⁰⁶

100 Nicht in der Erlassammlung des Kantons Basel-Stadt aufgeführt; siehe aber unter <http://www.grosserrat.bs.ch/de/mitglieder-gremien/kommissionen-und-weitere-gremien/trinationale-gremien/oberrheinrat>.

101 Mit Mitteilung vom 3. November 2015 hat der Kanton Basel-Stadt den Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG, siehe BBl 2015 7787.

102 *Lejeune*, Recueil, S. 130.

103 *Lejeune*, Recueil, S. 130.

104 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Basel-Stadt.

105 *Lejeune*, Recueil, S. 136.

106 *Lejeune*, Recueil, S. 131.

- *Übereinkunft vom 14. Oktober 1932 zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich über die Steuerpflicht des Personals*¹⁰⁷
- **649.800:** Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennütigen Zwecken (1982)
- **649.810:** Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Grenzgängern (1983)

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- **954.520:** Übereinkunft des 19. Februar 1853 betreffend die Weiterführung der Grossherzoglich Badischen Rheintal-Eisenbahn durch das Gebiet des Kantons Basel-Stadt
- **954.530:** Übereinkunft des 26. Juni 1860 betreffend die Herstellung einer Wiesenthal-eisenbahn
- **954.540:** Übereinkunft des 10. März 1870 betreffend die Erweiterung des Badischen Hauptbahnhofs und die Erstellung eines Rangier- und Werkstättenbahnhofs auf dem Gebiete des Kantons Basel-Stadt
- Vereinbarung zwischen Basel-Stadt und der grossherzoglich badischen Regierung über die Wässerungsverhältnisse am Wiesenfluss (1895)¹⁰⁸
- **954.550:** Vertrag des 24. März 1900 über die Verlegung des Personenbahnhofes und den Umbau der übrigen Bahnhofteile der Grossherzoglich Badischen Staatseisenbahnen in Basel, abgeschlossen zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und der Grossherzoglichen Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen
- **954.551:** Nachtrags-Vertrag zum Vertrag vom 24./31. März 1900 über die Verlegung des Personenbahnhofes und den Umbau der übrigen Bahnhofteile der Grossherzoglich Badischen Staatseisenbahnen in Basel, abgeschlossen zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und der Grossherzoglichen Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen
- Protokoll der Rheinfelder Konferenz des 9. bis 12. Juli 1906 betreffend die Erstellung einer Wasserwerkanlage im Rhein bei Augst-Wyhlen¹⁰⁹
- Vereinbarung mit Baden über neue Bestimmungen zum Vollzuge des Staatsvertrages über Wasserbenützung aus der Wiese (1910)¹¹⁰
- **784.710:** Vertrag zwischen Basel-Stadt und Lörrach über die Ableitung des Schmutzwassers der Kanalisation von Lörrach in den Rhein (1911)
- Vertrag zwischen dem Deutschen Reich (Eisenbahnfiskus), dem Kanton Basel-Stadt und den Schweizerischen Bundesbahnen über den Anschluss und den Betrieb der Hafenbahn im Rheinhafen Kleinhüningen (1923)¹¹¹

107 *Lejeune, Recueil*, S. 127.

108 *Lejeune, Recueil*, S. 140; siehe SG 771.710.

109 *Lejeune, Recueil*, S. 147.

110 *Lejeune, Recueil*, S. 143; siehe SG 771.720.

111 SG 954.420.

- **786.360:** Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch den Regierungsrat, einerseits, und der Stadt Weil am Rhein, vertreten durch den Bürgermeister, andererseits, betreffend die Verwertung und Vernichtung von Abfallstoffen (1970)
- **784.720:** Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch den Regierungsrat und der Gemeinde Inzlingen, Landkreis Lörrach, vertreten durch den Bürgermeister, betreffend den Anschluss des Kanalisationsnetzes der Gemeinde Inzlingen an das baselstädtische Kanalisationsnetz und Reinigung des Abwassers in der Abwasserreinigungsanlage Basel (1983)
- **784.730:** Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch den Regierungsrat und der Stadt Weil am Rhein, vertreten durch den Oberbürgermeister, betreffend den Anschluss der Kanalisation der «Siedlung 14 Linden» an das baselstädtische Kanalisationsnetz und Reinigung des Abwassers in der Abwasserreinigungsanlage Basel (1983)
- **786.370:** Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Baudepartement, und dem Landkreis Lörrach, vertreten durch den Landrat, betreffend die Verbrennung von Siedlungsabfällen in der Kehrlichtverbrennungsanlage (KVA) Basel (2003)
- **954.511:** Vereinbarung betreffend das DB-Güterbahnhofareal in Basel zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundeseisenbahnvermögen (2003)

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- **771.700:** Staatsvertrag über Wasserbenützung aus der Wiese abgeschlossen zwischen dem Markgrafen Karl Friedrich von Baden und Bürgermeister und Rat der Stadt Basel am 16./25. August 1756¹¹²
- **771.710:** Vereinbarung vom 19. Oktober 1894 betreffend Sicherung des Vollzugs des Staatsvertrages vom 16./25. August 1756 zwischen der Stadt Basel und dem Markgrafen Karl Friedrich von Baden über Wasserbenützung aus der Wiese
- **771.720:** Vereinbarung vom 30. April 1909 betreffend Änderung der am 19. Oktober 1894 vereinbarten Vollzugsbestimmungen zum Staatsvertrage vom 16. und 25. August 1756 zwischen der Stadt Basel und dem Markgrafen Karl Friedrich von Baden über Wasserbenützung aus der Wiese
- *Arrangement administratif du 5 octobre 1959 entre la direction départementale du Travail et de la Main-d'œuvre du Haut-Rhin, d'une part, et l'Office cantonal du travail de Bâle-Ville, d'autre part, concernant l'application de l'accord du 15 avril 1958 conclu entre la France et la Suisse et relatif aux travailleurs frontaliers*¹¹³

Öffentliche Gesundheit

- **576.950:** Vereinbarung zwischen dem Präfekten des Departements Haut-Rhin und dem Kanton Basel-Stadt über die gegenseitige Information über Gefahren und Schäden, die sich auf das Hoheitsgebiet des Nachbarstaates auswirken können (1987)

¹¹² *Lejeune, Recueil*, S. 138.

¹¹³ *Lejeune, Recueil*, S. 171.

- **576.900:** Vereinbarung zwischen dem Regierungspräsidium Freiburg und dem Kanton Basel-Stadt über die gegenseitige Information bei Gefahren und Schäden, die sich auf das Hoheitsgebiet des Nachbarstaates auswirken können (1990)

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Basel-Stadt, abgerufen unter <http://www.gesetzessammlung.bs.ch/>

6. Bern (16)

Grenzfragen

- *Procès-verbal de la délimitation entre le territoire du Royaume de France et celui du Canton de Berne, terminé le 12 juillet 1826*¹¹⁴

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **410.331:** Übereinkunft wegen der Herstellung und neuen Umschreibung des Bistums Basel (1828)¹¹⁵
- **410.334:** Convention du 11 juin 1864 concernant l'incorporation de l'ancienne partie du canton de Berne au Diocèse de Bâle¹¹⁶
- *Convention additionnelle du 2 mai 1978 relative à l'organisation de l'Evêché de Bâle*¹¹⁷

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Versammlung der Regionen Europas (VRE) (1991)¹¹⁸
- **173.11-1:** Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (1996)
- Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Bern, Waadt, Neuenburg und Jura, und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung der Transjurassischen Konferenz (Conférence Transjurassienne) (2001)¹¹⁹
- **173.11:** Karlsruher Übereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (2005)

114 *Lejeune*, Recueil, S. 180.

115 *Lejeune*, Recueil, S. 175.

116 *Lejeune*, Recueil, S. 175.

117 *Lejeune*, Recueil, S. 175.

118 In der systematischen Erlassammlung des Kantons Bern nicht enthalten; einsehbar unter < http://www.sta.be.ch/sta/de/index/politik-oeffentlichkeit/aussenbeziehungen/verzeichnis_vertraege/staat_volk_behoerden.html>.

119 In der systematischen Erlassammlung des Kantons Bern nicht enthalten; einsehbar unter < http://www.sta.be.ch/sta/de/index/politik-oeffentlichkeit/aussenbeziehungen/verzeichnis_vertraege/staat_volk_behoerden.html>.

Zivil- und Handelsrecht

- Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen¹²⁰
- Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausser Rhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen¹²¹
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äussern Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)¹²²

Steuern

- Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützigen Zwecken¹²³
- Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Grenzgängern vom 11. April 1983¹²⁴

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- Arrangement relatif à la surveillance technique et à la répartition des frais d'entretien de la route internationale de Grand-Lucelle à Kloesterlé (Klösterli), conclu à Moulin-Neuf, le 4 novembre 1926, entre les Cantons Berne et de Soleure et la France¹²⁵
- Arrangement relatif à la surveillance technique et à la répartition des frais d'entretien de la route internationale de Grand-Lucelle à Kloesterlé (Klösterli), conclu à Colmar, le 9 avril 1930, entre les Cantons Berne et de Soleure et la France¹²⁶

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- Arrangement administratif du 5 novembre 1959 entre les Directions départementales du Travail et de la Main-d'œuvre du Haut-Rhin, du Territoire de Belfort et du Doubs, d'une part, et la Police des étrangers et l'Office cantonal du Travail du Canton Berne, d'autre part, concernant

120 *Lejeune*, Recueil, S. 177.

121 *Lejeune*, Recueil, S. 177.

122 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Bern.

123 *Lejeune*, Recueil, S. 178.

124 BSG 669.811.

125 *Lejeune*, Recueil, S. 225.

126 *Lejeune*, Recueil, S. 340.

*l'application de l'accord du 15 avril 1958 conclu entre la France et la Suisse et relatif aux travailleurs frontaliers*¹²⁷

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Bern, abgerufen unter http://www.sta.be.ch/sta/de/index/politik/oeffentlichkeit/aussenbeziehungen/verzeichnis_vertraege.html

7. Freiburg (9)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **431.0.32:** Abkommen vom 8. Juli 1985 betreffend die Theologische Fakultät der Universität Freiburg

Zivil- und Handelsrecht

- **28.81:** Gegenseitiges Konkurs-Recht vom 7. und 9. Juli 1808 zwischen dem Grossherzogtum Baden und der schweizerischen Eidgenossenschaft
- **28.82:** Übereinkunft vom 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen¹²⁸
- **28.83:** Übereinkunft vom 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen schweizerischen Kantonen und dem Königreich Bayern über gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen¹²⁹
- **28.84:** Übereinkunft vom 4. und 18. Februar 1837 zwischen schweizerischen Kantonen und dem Königreich Sachsen über gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen

Schule, Bildung und Kultur

- *Modus Vivendi arrêté les 11 septembre 1922 et 9 mars 1923 entre le ministère de l'Instruction publique et des Beaux-Arts de la République française et la direction de l'Instruction publique du Canton de Fribourg, au sujet de la nomination de professeurs français à l'Université de Fribourg*¹³⁰
- Convention de coopération culturelle entre la Région Alsace (République Française) et le Canton de Fribourg 2008 à 2010 (2008)¹³¹

127 *Lejeune*, Recueil, S. 180.

128 *Lejeune*, Recueil, S. 185.

129 *Lejeune*, Recueil, S. 185.

130 *Lejeune*, Recueil, S. 185.

131 Mit Schreiben vom 18. Januar 2008 hat der Kanton Freiburg dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2008 1117.

Steuern

- **635.2.6:** Gegenrechtserklärung vom 5. und 26. Februar 1957 zwischen den Regierungen des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons Freiburg betreffend die Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer¹³²
- *Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennütigen Zwecken*¹³³

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Freiburg, abgerufen unter http://bdlf.fr.ch/frontend/texts_of_law

8. Genf (76)

Grenzfragen

- *Traité entre Sa Majesté très chrestienne et la Republique de Geneve* (1749)
- *Protocole du Congrès de Vienne (territoire cédé au canton de Genève)* (1815)
- *Protocole du Congrès de Vienne (relatif à la neutralisation du Chablais et du Faucigny)* (1815)
- *Traité de Turin entre Sa Majesté le roi de Sardaigne, la Confédération suisse et le canton de Genève* (1816)
- *Extrait du procès-verbal de la délimitation entre le territoire du royaume de France et celui du canton de Genève* (1825)
- *Convention pour le partage des biens appartenant aux communes dont une partie seulement a été cédée à la Suisse par S. M. le roi de Sardaigne, d'après le traité du 16 mars 1816* (1834)
- *Convention entre la Suisse et la France sur la détermination de la frontière dans le lac Léman* (1953)

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- *Convention sur l'Ariana, entre l'Organisation des Nation Unies et la Confédération Suisse agissant au nom du Canton et de la Ville de Genève, signée à Berne le 11 juin 1946 et à New York le 1^{er} juillet 1946*¹³⁴
- *Convention instituant le Conseil du Léman* (1987)
- *Arrangement régional réglant l'application des autorisations réciproques de survol et d'atterrissage concernant le transport d'accidentés et malades par hélicoptère entre la Préfecture de l'Ain et la République et canton de Genève* (1993)
- *Convention de coopération entre la Direction régionale de l'INSEE Rhône-Alpes et l'OCSTAT, de janvier 1994* (1994)
- *Arrangement régional franco-suisse sur l'information réciproque en cas de catastrophe ou d'accident grave* (1994)

¹³² *Lejeune*, Recueil, S. 188.

¹³³ *Lejeune*, Recueil, S. 189.

¹³⁴ *Lejeune*, Recueil, S. 191.

- Arrangement régional réglant l'application des autorisations réciproques de survol et d'atterrissage concernant le transport d'accidentés et malades par hélicoptère entre la Préfecture de la Haute-Savoie et la République et canton de Genève (1994)
- Arrangement régional franco-suisse sur l'information réciproque et l'intervention coordonnée en cas d'accident d'aéronef survenant sur les territoires des départements de l'Ain, de la Haute-Savoie et du canton de Genève (1995)
- Arrangement régional franco-suisse sur la coordination opérationnelle réciproque en cas de catastrophe ou d'accident grave survenant sur les territoires des départements de l'Ain, de la Haute-Savoie et du canton de Genève (1995)
- Protocole d'accord transfrontalier pour la revalorisation des rivières du Genevois (1997)
- Accord de Karlsruhe sur la coopération transfrontalière entre les collectivités territoriales et organismes publics locaux (2004)
- Convention d'échange de données du système d'information du territoire lémanique (SITL) (2004)
- Convention de coopération relative à la construction et à l'exploitation d'une galerie d'adduction au réseau primaire genevois (2005)
- Convention instituant un Groupement local de coopération transfrontalière pour l'exploitation du téléphérique du Salève (2006)
- Charte du Projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2007)
- Plan directeur de l'habitat transfrontalier – Première charte d'engagement (2007)
- Convention cadre relative à l'Observatoire statistique transfrontalier de l'espace franco-valdo-genevois (2007)
- Convention entre les Cantons de Genève et de Vaud ainsi que d'autres entités suisses d'une part et la Région Rhône-Alpes et les départements français concernés d'autre part portant création d'un organisme de coopération transfrontalière pour le projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2008)¹³⁵
- Charte relative à la gestion partenariale du modèle multimodal transfrontalier des déplacements de l'agglomération franco-valdo-genevoise (2009)
- Convention instituant le Groupement local de coopération transfrontalière «Projet d'agglomération franco-valdo-genevois», en vue d'en assurer la gouvernance (2011)
- Memorandum of Understanding in fields of Economic, Social and Cultural Cooperation and Friendly Exchanges between the Government of Hubei Province, China, and the Government of the Canton of Geneva, Switzerland (2011)
- Charte 2012 du Projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2012)
- Mémorandum entre la République et canton de Genève et la Municipalité de Beijing (2013)
- Memorandum of Friendly Cooperation between the Geneva Economic Development Office and the Beijing Investment Promotion Bureau (2013)

135 Mit Mitteilung vom 3. Juli 2009 hat der Kanton Genf dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2009 5406.

- Convention de coopération transfrontalière en vue de l'élaboration du projet stratégique de développement (PSD) sur le périmètre du pôle Bellegarde-Châtillon-Lancrans, territoire du Grand Genève (2013)

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*¹³⁶
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausser Rhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*¹³⁷
- *Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)*¹³⁸

Schule, Bildung und Kultur

- Charte de coopération transfrontalière en matière «d'emploi-formation» dans l'agglomération franco-valdo-genevoise (2009)

Steuern

- Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française concernant le traitement fiscal des libéralités faites dans des buts désintéressés (1993)

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- Charte pour le développement des transports publics régionaux dans le bassin franco-valdo-genevois (2003)
- Concept de mesures d'isolation acoustique des locaux à usage sensible au bruit autour de l'Aéroport International de Genève – Dispositif spécifique d'aide à l'insonorisation des habitations sises en territoire français (2003)
- Convention de coopération relative aux transports publics transfrontaliers dans la région franco-valdo-genevoise (2006)
- Protocole d'accord relatif au RER franco-valdo-genevois (2008)
- Convention concernant les raccordements transfrontaliers d'eaux usées sur le réseau primaire genevois et sur les installations de transport et de traitement de la Communauté de communes du Pays de Gex (CCPG) (2009)

¹³⁶ *Lejeune*, Recueil, S. 195.

¹³⁷ *Lejeune*, Recueil, S. 195.

¹³⁸ Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Genf enthalten; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

- Convention concernant les raccordements transfrontaliers d'eaux usées sur les installations de transport et de traitement de la Communauté d'agglomération Annemasse – Les Voirons Agglomération (Annemasse Agglo) (2009)
- Convention concernant les raccordements transfrontaliers d'eaux usées sur le réseau primaire genevois et sur les installations de transport et de traitement de la Communauté de communes du Bas-Chablais (CCBC) (2009)
- Convention concernant les raccordements transfrontaliers d'eaux usées sur le réseau primaire genevois de la Communauté de communes du Genevois (CCG) (2009)
- Convention de coopération entre la Ville de Ferney-Voltaire et l'Aéroport international de Genève portant sur la mise en œuvre du dispositif spécifique d'aide à l'insonorisation des habitations sises en territoire français (2009)
- Convention constitutive d'un groupement de commandes entre la Communauté de communes du Pays de Gex et la République et canton de Genève, soit pour elle le Conseil d'Etat (2011)
- Convention de coopération transfrontalière en vue des études de projet de la ligne de tramway de Saint-Julien (2012)
- Protocole d'accord pour l'organisation de l'offre de substitution sur l'étoile ferroviaire d'Annemasse à partir du 1^{er} avril 2013 (2013)
- Convention de partenariat relative à la marque Léman Express (2016)
- Convention portant sur la mesure 32-1-12 (code ARE N° 6621.2.043) «Aménagements routiers sur l'ensemble de l'itinéraire de la RD1005 pour la mise en site propre du BHNS entre Gex et Cornavin» du projet d'agglomération Grand Genève (PA2) (2016)
- Convention portant sur la mesure 10-6/ARE N° 6621.003 «Voie verte modes doux sur la tranchée couverte de la ligne ferroviaire CEVA (tronçon français)» du projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2017)
- Convention portant sur le paquet de mesures 10-3 (code ARE N° 6621.001) «Réaménagement des interfaces de la ligne CEVA, amélioration de l'intermodalité – Gare d'Annemasse» du projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2017)

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- *Arrangement administratif du 14 février 1963 entre les Directions départementales du Travail et de la Main-d'œuvre de la Haute-Savoie et de l'Ain, d'une part, et le Bureau cantonal genevois du Contrôle de l'Habitant et des Permis de séjour et l'Office cantonal genevois du Contrôle de l'Habitant et des Permis de séjour et l'Office cantonal genevois de Placement, d'autre part, concernant l'application de l'accord du 15 avril 1958 conclu entre la France et la Suisse et relatif aux travailleurs frontaliers*¹³⁹
- Arrangement relatif aux biens-fonds (1970)
- Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur la compensation financière relative aux frontaliers travaillant à Genève (1973)¹⁴⁰

¹³⁹ *Lejeune*, Recueil, S. 197.

¹⁴⁰ *Lejeune*, Recueil, S. 195.

- Arrangement du 9 juin 1978 entre la République et Canton de Genève et le Préfet de Haute-Savoie, relatif à la protection, à l'utilisation et à la réalimentation de la nappe souterraine franco-suisse du Genevois¹⁴¹
- Protocole d'accord franco-genevois portant sur les terres agricoles situées en Haute-Savoie (1984)
- Convention concernant la gestion halieutique du Foron limitrophe (2009)
- Letter of intent for the cooperation in fields of sustainable development and friendly exchanges between Investment Shenzhen, Science & Technology, Industry, Trade and Information Committee of Shenzhen, China, and the Economic Development Office in Canton of Geneva, Switzerland (2009)
- Memorandum of Understanding in fields of foreign Trade & Economic Cooperation and friendly exchanges between Ningbo Foreign Trade & Economic Cooperation Bureau and the Economic Development Office, Department of Regional Affairs, Economy and Health, Republic and Canton of Geneva, Switzerland (2011)

Öffentliche Gesundheit und Umweltschutz

- Protocole d'accord local relatif aux frais occasionnés par les traitements aux HUG des patients transférés selon les conditions du présent protocole d'accord (2001)
- Convention cadre entre la République et canton de Genève et l'Office national de la chasse et de la faune sauvage (2002)
- Mémoire de coopération en matière d'environnement instituant un «Comité tripartite sur l'environnement» (2007)
- Convention relative à la protection, à l'utilisation, à la réalimentation et au suivi de la nappe souterraine franco-suisse du Genevois (2007)
- Convention de Coopération transfrontalière dans le domaine de la prise en charge des Urgences entre le canton de Genève et les départements français de l'Ain et de la Haute-Savoie (2007)¹⁴²
- Convention cadre relative à l'Observatoire statistique transfrontalier de l'espace franco-valdo-genevois entre l'Etat de Genève, l'Etat français, la région Rhône- Alpes, les départements de l'Ain et de la Haute-Savoie et l'association régionale de coopération des collectivités du Genevois (2007)¹⁴³
- Convention relative à la prise en charge, en tiers payant, des assurés hospitalisés en urgence dans les Hôpitaux universitaires de Genève à partir du territoire français (2009)
- Convention de coopération transfrontalière dans le domaine de la prise en charge des urgences (2011)
- Contrat corridors biologiques du secteur «Champagne-Genevois» (2012)
- Contrat corridors biologiques du secteur «Arve-Lac» (2012)

141 *Lejeune*, Recueil, S. 200.

142 Mit Schreiben vom 9. März 2007 hat der Kanton Genf dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG den Entwurf zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2007 2371.

143 Mit Schreiben vom 10. Juli 2007 hat der Kanton Genf dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG den Entwurf zur Kenntnis gebracht, BBl 2007 5875.

- Protocole d'accord transfrontalier pour la gestion de l'eau et des milieux aquatiques sur l'agglomération franco-valdo-genevoise (2012)
- Convention transfrontalière pour la renaturation du Foron – Secteur Pierre-à-Bochet Thônex (CH)/Ambilly (F) (2013)
- Contrat corridors biologiques du secteur «Vesancy-Versoix» (2014)
- Convention portant sur la mesure 36-1-4 PA1 (Code ARE N° 6621.023) «TCSP à Annessa perpendiculaire au tram: rabattement sur CEVA et tram» du projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2015)
- Protokoll zwischen dem Präfekten von Ain und dem Kanton Genf (2015)¹⁴⁴
- Convention transfrontalière pour la renaturation du Foron — Secteur PAVG (Puplinge – Ambilly – Ville-la-Grand) (2016)

Quelle: Die internationalen Verträge des Kantons Genf, abrufbar unter <http://www.ge.ch/legislation/accords/main.html>

9. Glarus (5)

Zivil- und Handelsrecht

- *Beitritt zur Übereinkunft vom 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 am 19. November 1859 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*¹⁴⁵
- *Beitritt zur Übereinkunft vom 11. Mai und 27. Juni 1834 am 19. November 1859 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*¹⁴⁶

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*¹⁴⁷
- **IX E/2/1:** Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM) und über die Gewährung eines Baukredites von 175 500 Franken (1993)¹⁴⁸

144 Mit Mitteilung vom 3. Juni 2015 hat der Kanton Genf dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG den Entwurf des Protokolls zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2015 5873.

145 *Lejeune*, Recueil, S. 209.

146 *Lejeune*, Recueil, S. 209.

147 *Lejeune*, Recueil, S. 209.

148 In der amtlichen Sammlung des Kantons Glarus nicht aufgeführt; siehe jedoch die parlamentarische Genehmigung des Vertrags in Syst. Nr. IX E/2/1.

Steuern

- Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützigen Zwecken¹⁴⁹

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Glarus, abgerufen unter http://gesetze.gl.ch/frontend/texts_of_law

10. Graubünden (12)

Zivil- und Handelsrecht

- Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen¹⁵⁰
- Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen¹⁵¹
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)¹⁵²

Schule, Bildung und Kultur

- **430.510:** Vereinbarung über die Hochschule für Technik Buchs (1968)¹⁵³
- Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld¹⁵⁴
- **920.760:** Öffentliche Urkunde über die Errichtung der Stiftung Interkantonale Försterschule Maienfeld (1972)
- **430.520:** Vereinbarung über die Beteiligung des Landes Vorarlberg am Neu-Technikum Buchs (1977)¹⁵⁵

149 *Lejeune*, Recueil, S. 209.

150 *Lejeune*, Recueil, S. 213.

151 *Lejeune*, Recueil, S. 213.

152 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Graubünden enthalten; siehe aber unter Freiburg oder Solothurn.

153 *Lejeune*, Recueil, S. 213.

154 *Lejeune*, Recueil, S. 213.

155 *Lejeune*, Recueil, S. 213.

- **430.540:** Vereinbarung über den Bau des Grundlagentraktes des Neu-Technikums Buchs (1978)¹⁵⁶
- **920.750:** Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM) (1993)

Steuern

- **720.255:** Gegenrechtsvereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Kantons Graubünden über die Befreiung von Zuwendungen zu öffentlichen, gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken von den Erbschafts- und Schenkungssteuern (1957)¹⁵⁷

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- Absprache zwischen dem Kanton Graubünden (Schweizerische Eidgenossenschaft) sowie der Region Lombardei und der Provinz Sondrio (Italienische Republik) über die Entwicklung des öffentlichen Regional- und grenzüberschreitenden Verkehrs und über seine touristische Komponente (2016)¹⁵⁸

Öffentliche Gesundheit

- *Vereinbarung des 14. Juli und des 1. August 1977 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Kanton Graubünden, vertreten durch Gesundheitsdepartement, über die Aufnahme von Patienten aus dem Fürstentum Liechtenstein im Kantonalen Frauenspital Fontana*¹⁵⁹

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Graubünden, abgerufen unter <http://www.gr-lex.gr.ch/>

11. Jura (22)

Grenzfragen

- *Procès-verbal de la délimitation entre le territoire du Royaume de France et celui du Canton de Berne, terminé le 12 juillet 1826*¹⁶⁰

Staatskirchenrechtliche Verträge

- *Supplément de convention du 15 août 1782 à la Convention de limites du 20 juin 1780, entre le Roi de France et le Prince-Évêque et l'Église de Bâle*¹⁶¹
- **479.11:** Annexe I: Convention du 26 mars 1828 conclue relativement à la réorganisation et nouvelle circonscription de l'Évêché de Bâle¹⁶²

¹⁵⁶ *Lejeune*, Recueil, S. 213.

¹⁵⁷ *Lejeune*, Recueil, S. 214.

¹⁵⁸ Mit Schreiben vom 18. Dezember 2016 wurde dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, im Einklang mit Art. 56 Abs. 2 BV und mit Art. 61c RVOG, die geplante Absprache mit der Region Lombardei und der Provinz Sondrio zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2016 8974.

¹⁵⁹ *Lejeune*, Recueil, S. 221.

¹⁶⁰ *Lejeune*, Recueil, S. 232.

¹⁶¹ *Lejeune*, Recueil, S. 230.

¹⁶² *Lejeune*, Recueil, S. 225.

– *Convention additionnelle du 2 mai 1978 relative à l'organisation de l'Evêché de Bâle*¹⁶³

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- **971.113:** Arrêté du 18 janvier 1990 concernant l'approbation de l'Arrangement créant le Groupe de concertation des cantons frontaliers limitrophes de la France
- **971.118:** Arrêté du 18 janvier 1990 concernant l'approbation de l'Accord de coopération entre la Communauté française de Belgique et la République et Canton du Jura
- L'Accord de coopération entre le Département du Haut-Rhin et la République et Canton du Jura, signé le 20 août 1992 à Lucelle¹⁶⁴
- **971.131:** Accord du 23 janvier 1996 le Gouvernement de la République française, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Conseil fédérale suisse sur la coopération transfrontalière entre les collectivités territoriales et les organismes publics locaux (Accord de Karlsruhe)
- La convention de création du Conseil du Rhin Supérieur (1997)¹⁶⁵
- l'Entente du 23 novembre 2000 entre le Conseil régional de la Vallée d'Aoste, le Parlement de la Communauté française de Belgique et le Parlement de la République et Canton du Jura instituant un Comité de coopération interparlementaire¹⁶⁶
- **971.114.1:** Accord du 12 octobre 2001 entre le Conseil fédéral suisse, agissant au nom des cantons de Berne, de Vaud, de Neuchâtel et du Jura, et le Gouvernement de la République française relatif à la création de la «Conférence TransJurassienne»
- Entente entre la République et Canton du Jura et la Région autonome italienne de la Vallée d'Aoste (2003)¹⁶⁷
- **971.125.5:** Accord bilatéral du 28 juillet 2005 signé entre la République et Canton du Jura agissant par le Conseil fédéral suisse et la République du Cameroun (Financement d'un programme d'aide au développement)

Schule, Bildung und Kultur

- **971.112:** Arrêté du 10 novembre 1983 concernant l'approbation du programme de coopération culturelle et technique entre le Gouvernement de la République des Seychelles et le Gouvernement de la République et Canton du Jura
- **971.115:** Arrêté du 18 janvier 1990 concernant l'approbation de l'Accord de coopération entre la Commission française de la culture de l'Agglomération de Bruxelles et la République et Canton du Jura

¹⁶³ *Lejeune*, Recueil, S. 225.

¹⁶⁴ In der amtlichen Sammlung des Kantons Jura nicht aufgeführt; siehe jedoch die parlamentarische Genehmigung des Vertrags in RSJU 971.130.

¹⁶⁵ In der amtlichen Sammlung des Kantons Jura nicht aufgeführt; siehe jedoch die parlamentarische Genehmigung des Vertrags in RSJU 971.132.

¹⁶⁶ In der amtlichen Sammlung des Kantons Jura nicht aufgeführt; siehe jedoch die parlamentarische Genehmigung des Vertrags in RSJU 974.171.

¹⁶⁷ Mit Schreiben vom 10. Dezember 2003 hat der Kanton Jura dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2004 111.

Steuern

- *Accord du 30 octobre 1979 entre le Conseil fédéral suisse, agissant au nom des Cantons de Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Unterwald-le-Haut, Glaris, Fribourg, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Appenzell Rhodes-Intérieures, Appenzell Rhodes-Extérieures, Saint-Gall, Grisons, Argovie, Thurgovie, Vaud, Zoug et Neuchâtel, et le Gouvernement de la République française concernant le traitement fiscal des libéralités faites dans des buts désintéressés*¹⁶⁸
- **649.751:** *Accord du 11 avril 1983 entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française relatif à l'imposition des rémunérations des travailleurs frontaliers*

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- *Arrangement relatif à la surveillance technique et à la répartition des frais d'entretien de la route internationale de Grand-Lucelle à Kloesterlé (Klösterli), conclu à Moulin-Neuf, le 4 novembre 1926, entre les Cantons Berne et de Soleure et la France*¹⁶⁹
- *Arrangement relatif à la surveillance technique et à la répartition des frais d'entretien de la route internationale de Grand-Lucelle à Kloesterlé (Klösterli), conclu à Colmar, le 9 avril 1930, entre les Cantons Berne et de Soleure et la France*¹⁷⁰

Öffentliche Gesundheit

- **923.961:** *Arrêté du 6 décembre 1978 portant exécution de l'Accord conclu entre les services de la pêche de Suisse et de France concernant la pêche dans les eaux limitrophes du Doubs*
- **971.125:** *Accord bilatéral du 23 janvier 1992 signé entre la République et Canton du Jura agissant par le Conseil fédéral suisse et la République du Cameroun (Financement d'un programme de soins de santé primaire)*
- *Accord de coopération dans les domaines de la santé primaire et du développement rural entre la République et Canton du Jura, agissant par le Conseil fédéral suisse, et la République du Cameroun (2005 und 2012)*¹⁷¹

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Jura, abgerufen unter <http://rsju.jura.ch/extranet/common/rsju/index.html>

12. Luzern (6)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- *Convention du 26 mars 1828 conclue relativement à la Réorganisation et nouvelle circonscription de l'Evêché de Bâle*¹⁷²

168 *Lejeune*, Recueil, S. 225.

169 *Lejeune*, Recueil, S. 225.

170 *Lejeune*, Recueil, S. 225.

171 Mit Schreiben vom 27. Januar 2005 hat der Kanton Jura dem Bund den Entwurf gem. Art. 56 Abs. 2 BV zur Kenntnis gebracht und ihn gebeten, das Abkommen gem. Art. 56 Abs. 3 BV mit der Regierung der Republik Kamerun abzuschliessen, siehe BBl 2005 2021 und BBl 2012 6008.

172 *Lejeune*, Recueil, S. 235.

- Convention additionnelle du 2 mai 1978 relative à l'organisation de l'Evêché de Bâle¹⁷³

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*¹⁷⁴
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*¹⁷⁵
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äussern Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)¹⁷⁶

Steuern

- *Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützigen Zwecken*¹⁷⁷

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Luzern, abgerufen unter <http://srl.lu.ch/>

13. Neuenburg (9)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **181.10:** Concordat du 3 mai 2001 entre l'Etat de Neuchâtel et l'Eglise réformée évangélique du canton de Neuchâtel, l'Eglise catholique romaine, [et] l'Eglise catholique chrétienne

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- **107.1:** Arrêté du 29 mai 2002 portant adhésion du canton de Neuchâtel à la Conférence TransJurassienne
- **109:** Décret du 22 février 2006 relatif à l'extension au canton de Neuchâtel de l'Accord de Karlsruhe entre la Confédération suisse, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le Gouvernement de la République française et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg

¹⁷³ *Lejeune*, Recueil, S. 235.

¹⁷⁴ *Lejeune*, Recueil, S. 235.

¹⁷⁵ *Lejeune*, Recueil, S. 235.

¹⁷⁶ Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Luzern.

¹⁷⁷ *Lejeune*, Recueil, S. 236.

Zivil- und Handelsrecht

- Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen¹⁷⁸
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)¹⁷⁹

Steuern

- *Accord du 30 octobre 1979 entre le Conseil fédéral suisse, agissant au nom des Cantons de Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Unterwald-le-Haut, Glaris, Fribourg, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Appenzell Rhodes-Intérieures, Appenzell Rhodes-Extérieures, Saint-Gall, Grisons, Argovie, Thurgovie, Vaud, Zoug et Neuchâtel, et le Gouvernement de la République française concernant le traitement fiscal des libéralités faites dans des buts désintéressés*¹⁸⁰
- **638.1:** Accord du 11 avril 1983 entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française relatif à l'imposition des rémunérations des travailleurs frontaliers

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- *Arrangement administratif du 1er avril 1971 entre les Directions départementales du Travail et de la Main-d'œuvre du Doubs, du Territoire de Belfort et du Doubs, d'une part, et le Service de la Police des étrangers et l'Office cantonal du Travail du Canton de Neuchâtel, d'autre part, concernant l'application de l'accord du 15 avril 1958 conclu entre la France et la Suisse et relatif aux travailleurs frontaliers*¹⁸¹

Öffentliche Gesundheit und Umweltschutz

- Arrangement relatif aux missions de secours transfrontalières entre le gouvernement de la République et Canton de Neuchâtel et le Préfet de la Région Franche-Comté, Préfet du Doubs (2015)¹⁸²

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Neuenburg, abgerufen unter <http://www.ne.ch/legislation-jurisprudence/Pages/rsn.aspx>

178 *Lejeune*, Recueil, S. 237.

179 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch der systematischen Sammlung des Kantons Neuenburg enthalten; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

180 *Lejeune*, Recueil, S. 237.

181 *Lejeune*, Recueil, S. 238.

182 Mit Mitteilung vom 29. Juli 2015 hat der Kanton Neuenburg dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG den Entwurf zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2015 6325.

14. Nidwalden (7)

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*¹⁸³
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*¹⁸⁴

Schule, Bildung und Kultur

- **315.4:** Staatsvertrag mit Österreich betreffend das Kollegium Borromäum in Mailand (Mailänderfonds) (1842)
- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*¹⁸⁵
- *Vereinbarung des 26. August 1976 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, den Kantonen Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Appenzell Innerrhoden betreffend das Lehrerseminar Rickenbach*¹⁸⁶
- **313.23:** Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM) (1990)

Steuern

- *Gegenseitigkeitserklärung des 24. November 1926 und des 30. Juli 1927 zwischen dem Finanzminister des Deutschen Reichs und dem Landrat des Kantons Nidwalden betreffend Steuerbefreiung für letztwillige oder schenkungsweise Zuwendungen kirchlicher, mildtätiger oder gemeinnütziger Art (1927)*¹⁸⁷

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Nidwalden, abgerufen unter <http://www.navigатор.ch/nw/lpext.dll?f=templates&fn=main-hit-h.htm&2.0>

15. Obwalden (6)

Zivil- und Handelsrecht

- **250.3:** Übereinkunft zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI,

183 *Lejeune*, Recueil, S. 241.

184 *Lejeune*, Recueil, S. 241.

185 *Lejeune*, Recueil, S. 241.

186 *Lejeune*, Recueil, S. 241.

187 *Lejeune*, Recueil, S. 242.

VD, VS und GE, und der Krone Württemberg betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1825)¹⁸⁸

- **250.4:** Übereinkunft zwischen den schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt- und Landteil), Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf sowie Appenzell AR und dem Königreich Bayern über gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1834)¹⁸⁹

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*¹⁹⁰
- *Vereinbarung des 26. August 1976 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, den Kantonen Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Appenzell Innerrhoden betreffend das Lehrerseminar Rickenbach*¹⁹¹
- Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld sowie einen Beitrag an den Erweiterungsbau (1991)¹⁹²

Steuern

- *Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützigem Zwecken*¹⁹³

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Obwalden, abgerufen unter <http://gdb.ow.ch/>

16. St. Gallen (35)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **173.1:** Übereinkunft des Katholischen Grossratskollegiums mit dem Heiligen Stuhle über Reorganisation des Bistums St. Gallen (1845)¹⁹⁴

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Internationale Bodenseekonferenz (IBK)¹⁹⁵

188 *Lejeune*, Recueil, S. 245.

189 *Lejeune*, Recueil, S. 245.

190 *Lejeune*, Recueil, S. 245.

191 *Lejeune*, Recueil, S. 245.

192 In der amtlichen Sammlung des Kantons Obwalden nicht aufgeführt; siehe jedoch die parlamentarische Genehmigung des Vertrags in GDB 416.88.

193 *Lejeune*, Recueil, S. 245.

194 *Lejeune*, Recueil, S. 247.

195 Statut der Konferenz: http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/9847/IBK-Statut_Stand1.1.2010.pdf?fd=2.

- Vereinbarung der Provinz Udine (Italien) und des Kantons St. Gallen (Schweiz) über die regionale Zusammenarbeit (2004)¹⁹⁶
- Vereinbarung des Bezirks Bihor (Rumänien) und des Kantons St. Gallen (Schweiz) über die regionale Zusammenarbeit (2005)¹⁹⁷

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*¹⁹⁸
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausser Rhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*¹⁹⁹
- *Verständigung des 29. Oktober 1858 und des 8. Mai 1861 zwischen der Regierung des Kantons St. Gallen und dem Senat der freien Hansestadt Hamburg über die gegenseitige Verzichtleistung auf Arrestlegung in Konkursfällen*²⁰⁰

Schule, Bildung und Kultur

- *Gegenrechtserklärungen vom 15. Januar und dem 29. April 1952 zwischen dem österreichischen Bundeskanzleramt (Auswärtige Angelegenheiten) und dem Regierungsrat des Kantons St. Gallen betreffend die Befreiung von der Schulgeldbezahlung für Schüler, welche Mittelschulen des anderen Staates besuchen*²⁰¹
- **234.111:** *Vereinbarung über die Hochschule für Technik Buchs (1968)*²⁰²
- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*²⁰³
- **234.112:** *Vereinbarung über die Beteiligung des Landes Vorarlberg am Neu-Technikum Buchs (1977)*²⁰⁴
- *Vereinbarung des 29. Dezember 1977 und dem 10. Januar 1978 zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Regierungsrat des Kantons St. Gallen über die Ausbildung der Abschlussklassenlehrer*²⁰⁵

196 Mit Schreiben vom 7. Januar 2004 dem Bund i.S.v. Art. 56 Abs. 3 BV zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2004 187.

197 Mit Schreiben vom 9. September 2005 hat der Kanton St. Gallen dem Bund den Entwurf gem. Art. 56 Abs. 2 BV zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2005 5717.

198 *Lejeune*, Recueil, S. 254.

199 *Lejeune*, Recueil, S. 254.

200 *Lejeune*, Recueil, S. 254.

201 *Lejeune*, Recueil, S. 268.

202 *Lejeune*, Recueil, S. 256.

203 *Lejeune*, S. 263.

204 *Lejeune*, S. 264.

205 *Lejeune*, S. 274.

- *Vereinbarung über den Bau des Grundlagentraktes des Neu-Technikums Buchs (1978)*²⁰⁶
- **215.351:** Vereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Kanton St. Gallen über den Besuch der Kantonsschule Sargans durch Schüler aus dem Fürstentum Liechtenstein (1984)
- **312.72:** Vereinbarung über die Ausbildung von Schülern aus dem Fürstentum Liechtenstein an staatlichen st.gallischen Schulen der Gesundheitspflege (1988)
- **611.217:** Vereinbarung über den Besuch der landwirtschaftlichen Schulen Sennwald und Flawil durch Schüler aus dem Fürstentum Liechtenstein (1989)
- **651.3:** Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM) (1990)
- **853.163:** Gegenrechtsvereinbarung zwischen dem österreichischen Bundesland Niederösterreich und dem Kanton St. Gallen über die Anerkennung der Jägerprüfung (1999)
- **211.81:** Vereinbarung über die Leistung von Schulbeiträgen für Auszubildende an Schulen der Sekundarstufe II (Regionales Schulabkommen) (2001)
- **232.4:** Vereinbarung über den Besuch von Berufsfachschulen im Kanton St. Gallen durch Lernende aus dem Fürstentum Liechtenstein (2010)
- **234.110.11:** Vereinbarung zwischen den Trägern der Hochschule für Technik Buchs (NTB) über die Finanzierung der Erneuerungsinvestitionen an der NTB (2011)

Steuern

- *Gegenseitigkeitserklärung des 24. November 1926, des 24. März und des 7. August 1928 zwischen dem Finanzminister des Deutschen Reichs und dem Regierungsrat des Kantons St. Gallen betreffend Befreiung von Zuwendungen an gemeinnützige und wohltätige Zwecke von der Erbschafts-, Vermächtnis- und Schenkungssteuer*²⁰⁷
- **811.711:** Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Regierungsrat des Kantons St. Gallen über die Befreiung von Zuwendungen an gemeinnützige und wohltätige Zwecke von der Erbschafts-, Vermächtnis- und Schenkungssteuer (1957)²⁰⁸
- *Liechtensteinisch-st.gallische Vereinbarung des 20. Juni 1959 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung*²⁰⁹
- **811.81:** Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützigen Zwecken (1979)²¹⁰

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- *Staatsvertrag vom 27. August 1870 zwischen Österreich-Ungarn, zugleich in Vertretung für Liechtenstein, Bayern und dem schweizerischen Bundesrath Namens der schweizerischen Eid-*

206 *Lejeune*, S. 266.

207 *Lejeune*, S. 276.

208 *Lejeune*, S. 278.

209 *Lejeune*, S. 279.

210 *Lejeune*, S. 279.

*genossenschaft und des Kantons St. Gallen, über die Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, sowie von Feldkirch nach Buchs*²¹¹

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- *Protokolle der gemeinsamen Besprechungen vom 26. Mai 1970, dem 22. Dezember 1970, dem 26. November 1971 und dem 1. Dezember 1972 zwischen dem Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau, dem Kanton St. Gallen und dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Regelung der Kiesentnahmen aus dem Rhein*²¹²
- **553.153:** *Gegenrechtserklärung gegenüber dem Fürstentum Liechtenstein über die Anerkennung von Fähigkeitsausweisen für Wirte (1974)*²¹³
- **853.155:** *Gegenrechtserklärung gegenüber der Republik Österreich über die Anerkennung von Jagdkarten (1977)*²¹⁴
- **215.180:** *Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton St. Gallen und dem Fürstentum Liechtenstein in der akademischen Berufsberatung (1981)*
- **736.51:** *Gegenrechtserklärung im Submissionswesen gegenüber dem Land Baden-Württemberg (1994)*
- **577.31:** *Vereinbarung über das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (2012)*

Öffentliche Gesundheit

- **322.51:** *Vereinbarung über die Aufnahme von Patienten aus dem Fürstentum Liechtenstein in den st.gallischen Heil- und Pflegeanstalten St. Pirminsberg und Wil (1965)*²¹⁵
- *Vereinbarung vom 28. und 29. September 1977 über die Aufnahme von Patienten aus dem Fürstentum Liechtenstein im Kantonsspital St. Gallen und in den kantonalen Spitälern Grabs und Walenstadt*²¹⁶
- **325.211:** *Vereinbarung über das Rehabilitationszentrum für Drogenabhängige Lutzenberg (Drogenheim) (1981)*

Quelle: Die systematische Gesetzessammlung des Kantons St. Gallen, abgerufen unter <http://www.gesetzessammlung.sg.ch/>

17. Schaffhausen (21)

Grenzfragen

- *Vertrag vom 10. September und dem 10. Oktober 1969 zwischen dem Kanton Schaffhausen und dem Land Baden-Württemberg über die Änderung der Fischereigrenze an der Wutach*²¹⁷

211 *Lejeune, Recueil, S. 289.*

212 *Lejeune, Recueil, S. 281.*

213 *Lejeune, Recueil, S. 296.*

214 *Lejeune, Recueil, S. 300.*

215 *Lejeune, Recueil, S. 302.*

216 *Lejeune, Recueil, S. 303.*

217 *Lejeune, Recueil, S. 327.*

Staatskirchenrechtliche Verträge

- *Convention conclue relativement à la Réorganisation et nouvelle circonscription de l'Evêché de Bâle (1828)*²¹⁸

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Internationale Bodenseekonferenz (IBK)²¹⁹
- **190.101:** Übereinkommen vom 23. Januar 1996 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (Karlsruher Übereinkommen)
- Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Kanton Schaffhausen, den deutschen Gemeinden Jestetten und Lottstetten sowie dem Regionalen Naturpark Schaffhausen zur Errichtung eines grenzüberschreitenden Regionalen Naturparks vom 4. Oktober 2012²²⁰

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*²²¹
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*²²²
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äussern Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)²²³

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tes-*

218 *Lejeune*, Recueil, S. 310.

219 Statut der Konferenz: http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/9847/IBK-Statut_Stand1.1.2010.pdf?fd=2.

220 Nach den Angaben der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen nicht in der kantonalen Erlassammlung enthalten.

221 *Lejeune*, Recueil, S. 310.

222 *Lejeune*, Recueil, S. 310.

223 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Schaffhausen.

*sin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*²²⁴

- **412.190:** Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM) (1990)

Steuern

- *Vereinbarung vom 18. und dem 22. September 1962 zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Regierungsrat des Kantons Schaffhausen auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern*²²⁵
- *Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützi- gen Zwecken (1979)*²²⁶

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- *Vertrag vom 30. Dezember 1858 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft beziehungs- weise dem Kanton Schaffhausen und dem Grossherzogtum Baden betreffend die Weiterführung der grossherzoglich badischen Staatseisenbahn durch den Kanton Schaffhausen*²²⁷
- **747.301:** Übereinkunft vom 13. Mai 1878 zwischen dem Kanton Schaffhausen, dem Kan- ton Thurgau und dem Grossherzogtum Baden betreffend die Verbaakung der Wasser- strassen von Konstanz bis Schaffhausen²²⁸
- **731.210:** Vereinbarung zwischen der grossherzoglichen badischen Regierung, vertre- ten durch das grossherzogliche Ministerium des Innern, einerseits, und dem Kanton Schaffhausen, vertreten durch den Regierungsrat, andererseits, die Erstellung und den Betrieb von elektrischen Starkstromleitungen betreffend vom 7. September 1908 und 11. Januar 1909²²⁹
- *Vereinbarung des 6., 8. und 10. November 1947 zwischen dem Eidgenössischen Amt für Ver- kehr, handelnd im Namen der deutschen Bahn, der Regierung des Kantons Schaffhausen und der Gemeinde Trasadingen über die Errichtung und den Betrieb eines Haltepunktes (Haltestelle) Trasadingen*²³⁰
- *Abkommen über die Erhaltung einer Strassenbrücke über die Wutach zwischen Ober- wiesen (Schaffhausen) und Stühlingen (Baden-Württemberg) (2004)*²³¹
- *Vertrag über die Planungen der Leistungsphasen 1 bis 2 nach Honorarordnung für Ar- chitekten und Ingenieure HOAI der Infrastrukturmassnahme «Elektrifizierung der*

224 *Lejeune*, Recueil, S. 310.

225 *Lejeune*, Recueil, S. 311.

226 *Lejeune*, Recueil, S. 312.

227 *Lejeune*, Recueil, S. 315.

228 *Lejeune*, Recueil, S. 307.

229 *Lejeune*, Recueil, S. 313.

230 *Lejeune*, Recueil, S. 319.

231 Mit Schreiben vom 2. November 2004 hat der Kanton Schaffhausen dem Bund den Entwurf des Abkommens zur Kenntnis gebracht und ihn gebeten, das Abkommen gem. Art. 56 Abs. 3 BV mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland abzuschliessen, BBl 2005 538.

Hochrheinstraße» zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Kanton Schaffhausen, der DB Netz AG und der DB Energie GmbH vom 5. Mai 2011²³²

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- *Protokoll vom 29. Juli/1. September 1933 zwischen dem Kanton Schaffhausen und Baden über die Neuvermarkung des Fischereirechtes des Kantons Schaffhausen im Rhein auf Gemarkung Oehningen, Baden, unterhalb Stiegen*²³³
- Gegenrechtserklärung vom 24. September und dem 25. Oktober 1994 zwischen dem Kanton Schaffhausen und dem Land Baden-Württemberg auf dem Gebiet des öffentlichen Beschaffungswesens²³⁴

Öffentliche Gesundheit

- **841.210:** Staatsvertrag vom 17. August 1976 zwischen dem Kanton Schaffhausen und dem Land Baden-Württemberg über die Beseitigung der Abwässer aus dem Bibertal und dem Hegau²³⁵

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Schaffhausen, abgerufen unter <http://www.rechtsbuch.sh.ch/>

18. Schwyz (5)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **160.110:** Übereinkunft vom 3. August 1824 betreffend die Vereinigung des Kantons Schwyz mit dem Bistum Chur und die Verwaltung des Diözesanfonds

Zivil- und Handelsrecht

- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)²³⁶

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*²³⁷

232 Nach den Angaben der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen nicht in der kantonalen Erlassensammlung enthalten.

233 *Lejeune, Recueil*, S. 309 und 326.

234 Nach den Angaben der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen auf einem nicht-öffentlichen Briefwechsel beruhend.

235 *Lejeune, Recueil*, S. 329.

236 Weder in *Lejeune, Recueil*, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Schwyz.

237 *Lejeune, Recueil*, S. 333.

- Vereinbarung des 26. August 1976 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, den Kantonen Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Appenzell Innerrhoden betreffend das Lehrerseminar Rickenbach²³⁸
- **622.420.1:** Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM) (1990)

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Schwyz, abgerufen unter http://www.sz.ch/xml_1/internet/de/application/d999/d29129/d24457/p24456.cfm

19. Solothurn (19)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **423.31:** Übereinkunft zwischen dem Heiligen Stuhl und den Regierungen der Kantone Luzern, Bern, Solothurn und Zug über die Reorganisation und neue Umschreibung des Bistums Basel (1828)²³⁹
- **423.31:** Zusatzvereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Heiligen Stuhl über die Organisation des Bistums Basel vom 2. Mai 1978²⁴⁰

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- **111.51:** Übereinkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (Karlsruher Übereinkommen) (1996)
- **111.53:** Vereinbarung zur Gründung des Oberrheinrates (1997)

Zivil- und Handelsrecht

- **233.21:** Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen²⁴¹
- **233.22:** Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen²⁴²

238 *Lejeune*, Recueil, S. 333.

239 *Lejeune*, Recueil, S. 335.

240 *Lejeune*, Recueil, S. 335.

241 *Lejeune*, Recueil, S. 335.

242 *Lejeune*, Recueil, S. 335.

- **233.23:** Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äussern Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)

Steuern

- **614.352.23:** Erbschaftssteuer von Verlassenschaften der Schweizer in Oesterreich-Ungarn und der österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in den Kantonen der Schweiz (1903)
- *Briefwechsel vom 2. und dem 16. August 1911 zwischen dem Regierungsrat des Kantons Solothurn und dem Kaiserlichen Ministerium für Elsass-Lothringen über die Besteuerung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten sowie der Ärzte und Tierärzte*²⁴³
- **614.352.21:** Gegenrechtszusicherung an Deutschland vom 24. November 1926 und vom 13. November 1928 betreffend die Besteuerung der letztwilligen oder schenkungsweise Zuwendungen zu kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken²⁴⁴
- **614.352.22:** Gegenrechtszusicherung an Frankreich bezüglich Erbschaftssteuer auf Vergabungen und Schenkungen von Todes wegen von Gemälden, Miniaturen usw. an öffentliche Museen (1947)
- **614.175.61:** Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Grenzgängern (1983)

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- **512.115.2:** Convention additionnelle au procès-verbal de démarcation des territoires de France et du Canton de Soleure, signé à Bâle le vingt Décembre 1818, relative à un droit réciproque de transit en faveur des communes du Leymenthal (1825)²⁴⁵
- **725.124.31:** Arrangement relatif à la surveillance technique et à la répartition des frais d'entretien de la route internationale de Grand-Lucelle à Kloesterlé (Klösterli), conclu à Moulin-Neuf, le 4 novembre 1926 entre les Cantons Berne et de Soleure et la France²⁴⁶
- **725.124.32:** Arrangement relatif à la surveillance technique et à la répartition des frais d'entretien de la route internationale de Grand-Lucelle à Kloesterlé (Klösterli), conclu à Colmar, le 9 avril 1930, entre les Cantons Berne et de Soleure et la France²⁴⁷

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- **725.118.1:** Supplément de Convention du 20. juin 1780 sur la liberté franche et entière du transit par quelques portions des territoires respectifs

²⁴³ *Lejeune*, Recueil, S. 337.

²⁴⁴ *Lejeune*, Recueil, S. 336.

²⁴⁵ *Lejeune*, Recueil, S. 340.

²⁴⁶ *Lejeune*, Recueil, S. 340.

²⁴⁷ *Lejeune*, Recueil, S. 340.

- Arrangement administratif du 9 décembre 1959 entre la direction départementale du Travail et de la Main-d'œuvre du Haut-Rhin, d'une part, et la Police cantonale et l'Office cantonal du Travail du Canton Soleure, d'autre part, concernant l'application de l'accord du 15 avril 1958 conclu entre la France et la Suisse et relatif aux travailleurs frontaliers²⁴⁸
- Gegenrechtserklärung vom 13. September, 10 und 12. Oktober 1966 zwischen dem Regierungspräsidium Südbaden und dem Finanzdepartement des Kantons Solothurn über die Anerkennung der Jägerprüfung²⁴⁹
- Gegenrechtserklärung vom 4. Dezember 1973, 17. und dem 24. Januar 1974 zwischen dem Amt für Volkswirtschaft des Fürstentums Liechtenstein und der Gewerbe- und Handelspolizei des Kantons Solothurn über die Anerkennung der Fähigkeitsausweise für das Gastgewerbe²⁵⁰

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Solothurn, abgerufen unter http://bgs.so.ch/frontend/texts_of_law

20. Tessin (28)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **2.3.1.3:** Convenzione del 23 settembre 1884 tra il Cantone Ticino e la Santa Sede per la istituzione di un'Amministrazione apostolica nella Repubblica e Cantone del Ticino²⁵¹
- **2.3.1.2:** Convenzione del 24 luglio 1968 tra il Consiglio federale svizzero e la Santa Sede concernente la separazione dell'Amministrazione Apostolica del Ticino dalla Diocesi di Basilea e la sua trasformazione in Diocesi²⁵²

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Protocollo congiunto del 11 aprile 1994 tra il Governo della Repubblica di Sakha (Jakutia), Federazione Russa e le Autorità Governative del Cantone Ticino
- Dichiarazione d'intenti del 11 ottobre 1997 tra la Provincia Autonoma di Trento e la Repubblica e Cantone Ticino
- Dichiarazione d'intenti del 14 luglio 1999 per l'identificazione di temi di possibile collaborazione interregionale e per sviluppare rapporti di buon vicinato fra la regione Piemonte e la Repubblica e Cantone Ticino
- Protocollo d'intenti del 30 giugno 2000 tra l'Amministrazione della Città di San Pietroburgo ed il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone Ticino
- Protocollo di collaborazione del 18 settembre 2002 fra il cantone di Posavina, federazione della Bosnia Erzegovina, e la Repubblica e Cantone Ticino
- Accordo di collaborazione del 20 giugno 2006 tra la provincia di Zhejiang della Repubblica popolare di Cina e la Repubblica e Cantone di Ticino

248 *Lejeune*, Recueil, S. 349.

249 *Lejeune*, Recueil, S. 346.

250 *Lejeune*, Recueil, S. 343.

251 *Lejeune*, Recueil, S. 353.

252 *Lejeune*, Recueil, S. 355.

- Intesa tra la Regione Lombardia della Repubblica Italiana e la Repubblica e Cantone Ticino (2007)²⁵³
- Accordo operativo del 29 gennaio 2008 tra la regione Lombardia e la Repubblica e Cantone Ticino nel settore del trasporto pubblico²⁵⁴
- Accordo operativo del 26 ottobre 2009 tra la regione Lombardia e la Repubblica e Cantone Ticino in materia di salute e scienze mediche²⁵⁵
- Protocollo d'intenti del 11 settembre 2010 sulla collaborazione tra il governo del Cantone Ticino della Confederazione Svizzera e l'amministrazione della regione di Tula della Federazione Russa
- Dichiarazione di cooperazione del 6 settembre 2011 tra Repubblica e Cantone Ticino e il Comune di Campione d'Italia²⁵⁶
- Accordo per la cooperazione transfrontaliera tra Cantone Ticino e Regione Lombardia nella lotta contro gli incendi boschivi (2013)²⁵⁷
- Dichiarazione d'intesa del 11 dicembre 2015 tra la Repubblica e Cantone Ticino, la Regione Lombardia e la Regione Piemonte concernente la Comunità di lavoro della Regione Insubrica²⁵⁸
- Dichiarazione d'intesa del 16 giugno 2015 per l'identificazione di temi di possibile collaborazione interregionale e per sviluppare rapporti di buon vicinato fra la regione Lombardia e la Repubblica e Cantone Ticino
- Protocollo d'intenti del 4 marzo 2016 sulla collaborazione tra la regione di Sverdlovsk della Federazione Russa e il Cantone Ticino
- Absichtserklärung zwischen der Region Piemont und dem Kanton Tessin (2016)²⁵⁹
- Procedure operative in caso di catastrofe tra la Repubblica e Cantone di Ticino e la Prefettura di Como per l'assistenza reciproca in zona transfrontaliera in caso di emergenze di protezione civile nei territori della Provincia di Como e del Cantone Ticino (2016)
- Protocollo d'intesa tra la Repubblica e Cantone Ticino et la Prefettura di Como concernente le procedure da attuare in caso di catastrofe (2016)
- Protocollo d'intenti sulla collaborazione tra il Governo della Regione di Krasnodar (Federazione Russa) e il Consiglio di stato del Canton Ticino (2016)
- Regolamento finanziario tra la Repubblica e Cantone Ticino, la Regione Lombardia e la Regione Piemonte (2017)
- Dichiarazione d'intesa tra la Repubblica e Cantone di Ticino, la Regione Lombardia e la Regione Piemonte (2017)

253 Mit Mitteilung vom 9. Februar 2007 hat der Kanton Tessin dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG den Entwurf zur Kenntnis gebracht, BBl 2007 1546.

254 Siehe auch BBl 2008 579.

255 Siehe auch BBl 2009 5407.

256 Siehe auch BBl 2010 7760.

257 Mit Mitteilung vom 18. Juni 2013 hat der Kanton Tessin dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2013 5482.

258 Siehe auch BBl 2015 8693.

259 Mit Schreiben vom 31. August 2016 hat der Kanton Tessin dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG den Entwurf der Absichtserklärung mit der Region Piemont zur Kenntnis gebracht, siehe BBl 2016 7098.

- Protocollo d'intenti tra la Repubblica e Cantone di Ticino e il Governo di Almaty (KZK; 2017)

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*²⁶⁰
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausser Rhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*²⁶¹
- *Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)*²⁶²

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*²⁶³

Quelle: Die internationalen Verträge des Kantons Tessin, abgerufen unter <http://www4.ti.ch/can/are/approfondimenti/accordi-internazionali/>

21. Thurgau (16)

Grenzfragen

- **110:** *Übereinkunft zwischen dem Grossherzogtum Baden und dem Kanton Thurgau betreffend die Grenzberichtigung bei Konstanz (1831)*

Staatskirchenrechtliche Verträge

- *Convention du 26 mars 1828 conclue relativement à la Réorganisation et nouvelle circonscription de l'Evêché de Bâle*²⁶⁴

²⁶⁰ *Lejeune, Recueil, S. 357.*

²⁶¹ *Lejeune, Recueil, S. 357.*

²⁶² Weder in *Lejeune, Recueil*, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Tessin enthalten; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

²⁶³ *Lejeune, Recueil, S. 357.*

²⁶⁴ *Lejeune, Recueil, S. 359.*

- **188.12:** Übereinkunft vom 11. April 1829 zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung des Kantons Thurgau betreffend den Beitritt des hohen Standes Thurgau zum Bistum Basel²⁶⁵
- **188.131:** Zusatzvereinbarung vom 2. Mai 1978 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Heiligen Stuhl über die Organisation des Bistums Basel²⁶⁶

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Internationale Bodenseekonferenz (IBK)²⁶⁷

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*²⁶⁸
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*²⁶⁹
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)²⁷⁰

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*²⁷¹
- **412.637:** Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld (IFM) (1990)

Steuern

- **672.1:** Gegenrechtserklärung vom 12. Juni 1934 mit Deutschland betreffend Steuerbefreiung für Vermächtnisse und Schenkungen²⁷²

265 *Lejeune*, Recueil, S. 359.

266 *Lejeune*, Recueil, S. 359.

267 Statut der Konferenz: http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/9847/IBK-Statut_Stand1.1.2010.pdf?fd=2.

268 *Lejeune*, Recueil, S. 361.

269 *Lejeune*, Recueil, S. 361.

270 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Thurgau enthalten; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

271 *Lejeune*, Recueil, S. 361.

272 *Lejeune*, Recueil, S. 362.

- **672.2:** Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennütigen Zwecken (1979)²⁷³

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- *Übereinkunft vom 13. Mai 1878 zwischen dem Kanton Schaffhausen, dem Kanton Thurgau und dem Grossherzogtum Baden betreffend die Verbaakung der Wasserstrassen von Konstanz bis Schaffhausen*²⁷⁴

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- *Vereinbarung vom 5. Juni 1954 zwischen dem Kanton Thurgau und dem Lande Baden-Württemberg betreffend die gemeinschaftliche Wasserjagd auf dem Untersee und Rhein*²⁷⁵
- *Gegenrechtserklärung vom 19. September 1975 und dem 10. März 1976 betreffend die Anerkennung der Jagdkarten im Kanton Thurgau und im Land Vorarlberg*²⁷⁶
- **720.61:** *Gegenrechtserklärung vom 21. Dezember 1994 zwischen dem Kanton Thurgau und dem Land Baden-Württemberg betreffend öffentliches Beschaffungswesen*

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Thurgau, abgerufen unter <http://www.rechtsbuch.tg.ch/>

22. Uri (6)

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*²⁷⁷
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*²⁷⁸
- *Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)*²⁷⁹

273 *Lejeune*, Recueil, S. 363.

274 *Lejeune*, Recueil, S. 359.

275 *Lejeune*, Recueil, S. 364.

276 *Lejeune*, Recueil, S. 369.

277 *Lejeune*, Recueil, S. 373.

278 *Lejeune*, Recueil, S. 373.

279 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Uri.

Schule, Bildung und Kultur

- Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld²⁸⁰

Steuern

- Gegenseitigkeitserklärung des 24. November 1926 und des 23. April 1927 zwischen dem Finanzminister des Deutschen Reichs und dem Regierungsrat des Kantons Uri betreffend Steuerbefreiung für letztwillige oder schenkungsweise Zuwendungen kirchlicher, mildtätiger oder gemeinnütziger Art²⁸¹
- Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützi- gen Zwecken (1979)²⁸²

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Uri, abgerufen unter <http://ur.lexspider.com/uri/page/search;jsessionid=8C5CC62A6E918CBE9A4CD071CDC09AE9?execution=e1s1>

23. Waadt (28)

Grenzfragen

- **132.211:** Décret du 19 décembre 1862 ratifiant le traité avec la France concernant la vallée des Dappes
- *Declaration of the 27th August 1872 relating to succession or legacy duties to which the property of a Subject of Her Majesty or a Citizen of the Canton of Vaud dying within the territory of the other Contracting Party shall be subject*²⁸³

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- **111.25:** Accord sur la coopération transfrontalière entre les collectivités territoriales et organismes publics locaux (1996)
- **111.22:** Accord du 12 octobre 2001 entre le Conseil fédéral suisse, agissant au nom des cantons de Berne, de Vaud, de Neuchâtel et du Jura et le Gouvernement de la République française relatif à la création de la «Conférence TransJurassienne»
- Charte du Projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2007)
- Convention cadre relative à l'Observatoire statistique transfrontalier de l'espace franco-valdo-genevois (2007)
- Convention entre les Cantons de Genève et de Vaud ainsi que d'autres entités suisses d'une part et la Région Rhône-Alpes et les départements français concernés d'autre part

280 *Lejeune*, Recueil, S. 373.

281 *Lejeune*, Recueil, S. 374.

282 *Lejeune*, Recueil, S. 375.

283 *Lejeune*, Recueil, S. 383.

portant création d'un organisme de coopération transfrontalière pour le projet d'agglomération franco-valdo-genevois (2008)²⁸⁴

- Charte relative à la gestion partenariale du modèle multimodal transfrontalier des déplacements de l'agglomération franco-valdo-genevoise (2009)
- Convention instituant le Groupement local de coopération transfrontalière «Projet d'agglomération franco-valdo-genevois», en vue d'en assurer la gouvernance (2011)
- **700.93:** Convention du 28 juin 2012 instituant le Groupement local de coopération transfrontalière «Projet d'agglomération franco-valdo-genevois», en vue d'en assurer la gouvernance

Zivil- und Handelsrecht

- **280.94:** Convention entre la Confédération suisse et la Couronne de Wurtemberg relative aux rapports de concours et à un traitement égal des ressortissants réciproques des deux Etats dans les cas de concours (1825)²⁸⁵
- **280.92:** Traité entre le Royaume de Bavière et la Confédération suisse sur l'égalité du droit de concours et de classification dans les faillites (1834)²⁸⁶
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)²⁸⁷

Schule, Bildung und Kultur

- Charte de coopération transfrontalière en matière «d'emploi-formation» dans l'agglomération franco-valdo-genevoise (2009)

Steuern

- *Déclarations de réciprocité, échangées les 24 novembre 1926 et 14 août 1930 entre le ministre des Finances du Reich allemand et le Conseil d'Etat du Canton caractère religieux, d'utilité publique ou de bienfaisance*²⁸⁸
- *Arrangement entre le Conseil fédéral, agissant au nom du Canton de Vaud, et le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne, mettant un terme à la déclaration du 27 août 1872 relative à la levée des droits de succession sur la fortune de sujets ou de citoyens de l'un des Etats, décédés dans l'autre, conclu par échange de notes du 24 décembre 1957 entre l'Ambassade de Suisse à Londres et le Foreign Office*²⁸⁹
- *Arrangement entre le Conseil fédéral, agissant au nom du Canton de Vaud, et le Canada, abrogeant la Déclaration du 27 août 1872 échangées entre le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et le Conseil fédéral relative à la levée des droits de succession sur la fortune de sujets ou de citoyens*

284 Siehe BBl 2009 5406.

285 *Lejeune*, Recueil, S. 381.

286 *Lejeune*, Recueil, S. 381.

287 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Waadt enthalten; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

288 *Lejeune*, Recueil, S. 382.

289 *Lejeune*, Recueil, S. 386.

- de l'un des Etats, décédés dans l'autre, conclu par échange de notes du 28 mars et 23 juin 1958 entre l'Ambassade de Suisse à Ottawa et le ministère canadien des Affaires extérieures*²⁹⁰
- *Arrangement entre le Conseil fédéral, agissant au nom du Canton de Vaud, et l'Union de l'Afrique du Sud, abrogeant la Déclaration du 27 août 1872 échangées entre le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et le Conseil fédéral relative à la levée des droits de succession sur la fortune de sujets ou de citoyens de l'un des Etats, décédés dans l'autre, conclu par échange de lettres des 15 et 17 décembre 1958 entre l'Ambassade de Suisse et la Légation de l'Union de l'Afrique du Sud*²⁹¹
 - *Arrangement entre le Conseil fédéral, agissant au nom du Canton de Vaud, et la Nouvelle-Zélande, abrogeant la Déclaration du 27 août 1872 échangées entre le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et le Conseil fédéral relative à la levée des droits de succession sur la fortune de sujets ou de citoyens de l'un des Etats, décédés dans l'autre, conclu par échange de lettres des 19 et 30 décembre 1958 entre l'Ambassade de Suisse à Londres et le Haut Commissaire en charge à Londres pour la Nouvelle-Zélande*²⁹²
 - *Arrangement entre le Conseil fédéral, agissant au nom du Canton de Vaud, et Ceylan, abrogeant la Déclaration du 27 août 1872 échangées entre le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et le Conseil fédéral relative à la levée des droits de succession sur la fortune de sujets ou de citoyens de l'un des Etats, décédés dans l'autre, conclu par échange de lettres des 8 avril et 19 mai 1959 entre l'Ambassade de Suisse à Londres et le Haut Commissaire pour Ceylan*²⁹³
 - *Arrangement, concluded by the exchange of letters on the 4th and 21st Mai 1959 between the Swiss Embassy in London and the High Commissioner for Australia, terminating the Declaration of 27th August 1872 relating to succession or legacy duties between the Federal Council of the Swiss Confederation acting in the name of the Canton of Vaud, and the Government of Her Britannic Majesty*²⁹⁴
 - *Accord du 30 octobre 1979 entre le Conseil fédéral suisse, agissant au nom des Cantons de Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Unterwald-le-Haut, Glaris, Fribourg, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Appenzell Rhodes-Intérieures, Appenzell Rhodes-Extérieures, Saint-Gall, Grisons, Argovie, Thurgovie, Vaud, Zoug et Neuchâtel, et le Gouvernement de la République française concernant le traitement fiscal des libéralités faites dans des buts désintéressés*²⁹⁵
 - **670.92:** *Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française relatif à l'imposition des rémunérations des travailleurs frontaliers (1983)*

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- *Charte pour le développement des transports publics régionaux dans le bassin franco-valdo-genevois (2003)*
- *Convention de coopération relative aux transports publics transfrontaliers dans la région franco-valdo-genevoise (2006)*
- *Protocole d'accord relatif au RER franco-valdo-genevois (2008)*

290 *Lejeune*, Recueil, S. 388.

291 *Lejeune*, Recueil, S. 389.

292 *Lejeune*, Recueil, S. 392.

293 *Lejeune*, Recueil, S. 393.

294 *Lejeune*, Recueil, S. 395.

295 *Lejeune*, Recueil, S. 397.

Wirtschaft und wirtschaftliche Nutzung von Staatsgebiet

- *Arrangement administratif du 1er avril 1971 entre la Directions départementale du Travail et de la Main-d'œuvre du Doubs, d'une part, l'Office cantonal des étrangers et l'Office cantonal du Travail du Canton de Vaud, d'autre part, concernant l'application de l'accord du 15 avril 1958 conclu entre la France et la Suisse et relatif aux travailleurs frontaliers*²⁹⁶
- *Protocole d'accord franco-genevois portant sur les terres agricoles situées en Haute-Savoie (1984)*

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Waadt, abgerufen unter http://www.rsv.vd.ch/rsvsite/rsv_site/index.xsp

Die Verträge des Kantons Waadt mit Genf und Frankreich sind einsehbar unter <http://www.ge.ch/legislation/accords/main.html>

24. Wallis (6)

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- *Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Kanton Wallis und der Provinz von Santa Fe (Argentinien) (2008)*²⁹⁷

Zivil- und Handelsrecht

- *Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen*²⁹⁸
- *Übereinkunft des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausser rhoden und dem Königreich Bayern in Bezug auf das Konkurrenzrecht bei Konkursfällen*²⁹⁹
- *Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äussern Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)*³⁰⁰

Steuern

- *Gegenseitigkeitserklärung des 10. Juni und des 9. Juli 1931 zwischen dem Finanzminister des Deutschen Reichs und dem Regierungsrat des Kantons Wallis betreffend Steuerbefreiung für*

²⁹⁶ *Lejeune*, Recueil, S. 398.

²⁹⁷ Mit Schreiben vom 25. Juli 2008 hat der Kanton Wallis dem Bund im Sinne von Art. 56 Abs. 2 BV und Art. 61c RVOG, siehe BBl 2008 6763.

²⁹⁸ *Lejeune*, Recueil, S. 377.

²⁹⁹ *Lejeune*, Recueil, S. 377.

³⁰⁰ Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Wallis enthalten; siehe aber unter Freiburg und Solothurn.

*letztwillige oder schenkungsweise Zuwendungen kirchlicher, mildtätiger oder gemeinnütziger Art*³⁰¹

- **642.034:** Vereinbarung des 11. April 1983 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Grenzgängern

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Wallis, abgerufen unter https://apps.vs.ch/legxml/site/search.php?Language=de&MenuID=4609&norm_language=DE&norm_status=1

25. Zürich (9)

Grenzfragen

- *Übereinkunft vom 4. und dem 12. Oktober 1860 zwischen dem schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen des Kantons Zürich, und der grossherzoglich badischen Regierung, betreffend das Fertigungsrecht über die sogenannten Rheinauer Reben und Wiesen in der Grossherzoglich Badischen Gemarkung Altenburg*³⁰²

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Organisationen

- Internationale Bodenseekonferenz (IBK)³⁰³

Zivil- und Handelsrecht

- **283.1:** Übereinkunft vom 12. Dezember 1825 und dem 13. Mai 1826 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen³⁰⁴
- **283.2:** Übereinkunft vom 11. Mai und dem 27. Juni 1834 zwischen den schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt- und Landteil), Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf sowie Appenzell Ausserrhoden und dem Königreich Bayern über gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen³⁰⁵
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell

301 *Lejeune*, Recueil, S. 378.

302 *Lejeune*, Recueil, S. 407.

303 Statut der Konferenz: http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/9847/IBK-Statut_Stand1.1.2010.pdf?fd=2.

304 *Lejeune*, Recueil, S. 407.

305 *Lejeune*, Recueil, S. 407.

der äussern Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)³⁰⁶

Schule, Bildung und Kultur

- **413.227:** Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, im Namen der Regierung des Kantons Zürich, und der Regierung der Italienischen Republik betreffend den Betrieb des schweizerisch-italienischen Liceo Artistico Zürich (2006)³⁰⁷

Steuern

- *Übereinkunft vom 15. Mai und dem 11. Juli 1931 zwischen dem Kanton Zürich und dem Deutschen Reich betreffend die Vermeidung der Doppelbesteuerung von Rheinkraftwerken*³⁰⁸
- **673.12:** Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennütigen Zwecken³⁰⁹

Öffentliche Einrichtungen, Energie und Verkehrswege

- *Vereinbarung vom 24. Juli 1970, 3. März, 27. April und 4. Juni 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Kanton Zürich und der Gemeinde Lottstetten, über die Entwässerung der Umgehungsstrasse Rafz-Lottstetten im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet im Zuge der Bundesstrasse 27*³¹⁰

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Zürich, abgerufen unter http://www.zh.ch/internet/de/rechtliche_grundlagen/gesetze.html

26. Zug (9)

Staatskirchenrechtliche Verträge

- **442.1:** Übereinkunft vom 26. März 1828 zwischen dem Heiligen Stuhl und den Regierungen der Kantone Luzern, Bern, Solothurn und Zug betreffend die Reorganisation und neue Umschreibung des Bistums Basel³¹¹
- *Convention additionnelle du 2 mai 1978 relative à l'organisation de l'Evêché de Bâle*³¹²

Zivil- und Handelsrecht

- **231.8:** Übereinkunft des 12. Dezember 1825 und 13. Mai 1826 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft im Namen der Kantone LU, ZH, BE, UR, OW/NW, ZG, FR, SO, BS/BL, SH, AI, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS und GE, und der Krone Württemberg, betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen³¹³

306 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Zürich.

307 Siehe auch BBI 2005 7130.

308 *Lejeune*, Recueil, S. 410.

309 *Lejeune*, Recueil, S. 410.

310 *Lejeune*, Recueil, S. 414.

311 *Lejeune*, Recueil, S. 403.

312 *Lejeune*, Recueil, S. 403.

313 *Lejeune*, Recueil, S. 403.

- **231.7:** Völkerrechtliche Erklärung betreffend Gleichbehandlung von Staatsangehörigen im Konkursverfahren des 11. Mai und 27. Juni 1834 zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Appenzell-Ausserrhoden und dem Königreich Bayern³¹⁴
- Übereinkunft zwischen den Schweizerischen Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Landesteile), Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf sowie Appenzell der äusseren Rhoden einerseits und dem Königreich Sachsen andererseits über die gleichmässige Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen (1837)³¹⁵

Schule, Bildung und Kultur

- *Vereinbarung des 8. Juli 1971 zwischen den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und dem Fürstentum Liechtenstein über die Errichtung und den Betrieb der interkantonalen Försterschule Maienfeld*³¹⁶
- **431.41:** Vereinbarung vom 30. Januar 1992 über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld

Steuern

- **633.5:** Gegenseitigkeitserklärung vom 24. November 1926 und dem 13. Oktober 1928 des Regierungsrates des Kantons Zug gegenüber dem Deutschen Reiche betreffend Steuerbefreiung für letztwillige oder schenkungsweise Zuwendungen kirchlicher, mildtätiger oder gemeinnütziger Art³¹⁷
- *Vereinbarung vom 30. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen zu ausschliesslich uneigennützigen Zwecken*³¹⁸

Quelle: Systematische Gesetzessammlung des Kantons Zug, abgerufen unter <https://bgs.zg.ch/>

314 *Lejeune*, Recueil, S. 403.

315 Weder in *Lejeune*, Recueil, noch in der systematischen Sammlung des Kantons Zug.

316 *Lejeune*, Recueil, S. 403.

317 *Lejeune*, Recueil, S. 404.

318 *Lejeune*, Recueil, S. 405.